

2014-05-21

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 29.04.2014

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 20:00 Uhr

Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 38**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie

Pätzold, Hans-Joachim

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Lohde, Jacqueline

Tietz, Gabriele Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Schröter, Steffen

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred

Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung der Mitglieder des Gremiums sowie dessen Beschlussfähigkeit fest. Es waren derzeit 37 Stimmberechtigte anwesend.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

In Ergänzung der mit der Ladung ausgereichten Tagesordnung bat **Herr Dr. Exner** aus aktuellem Anlass um Zustimmung zur Aufnahme einer Beschlussfassung über eine Willensbekundung des Stadtrates. Die Willensbekundung bezieht sich auf die Instandsetzung der BAB 9 vom 9. Mai bis 23. Juli d. J. Der Text wurde allen Fraktionen sowie heute im Sitzungsraum den Stadträten zur Kenntnis zugereicht. Die Beschlussfassung sollte als TOP 7.0 in den Ablauf der Beratung eingeordnet werden.

Aus dem Gremium gab es dazu keinen Widerspruch. Ebenfalls wurden keine weiteren Änderungs-/Ergänzungsanträge gestellt.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.03.2014

Zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 19.03.2014 gab es keine Einwände. Die Niederschrift wurde bei zwei Enthaltungen genehmigt.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig berichtete über Ereignisse aus dem Zeitraum seit der letzten Sitzung des Stadtrates.

Das vergangene Wochenende habe uns einen Vorgeschmack auf das gegeben, was in den nächsten 10 Wochen auf die Stadt zukommen könnte. Die BAB war gesperrt und Teil 2 folgt, wenn **am 9. Mai bis 23. Juli die BAB zwischen Elbe- und Muldebrücke in Fahrtrichtung München komplett gesperrt** wird. Die Umleitung des Autobahnverkehrs soll über die Gegenfahrbahn Richtung Berlin unter Nutzung der Anschlussstellen Coswig und Dessau-Süd erfolgen. Die Anschlussstellen Vockerode und Dessau-Ost bleiben in Richtung München komplett gesperrt.

Leider wurde bei dieser Festlegung und Genehmigung, die Stadt blieb hier außen vor, überhaupt nicht berücksichtigt, dass die Friedensbrücke wegen ihres desolaten Zustandes auf ein zulässiges Gesamtgewicht von 18 t beschränkt ist. Damit sind ca. 170 Unternehmen mit über 1200 Beschäftigten nur unter sehr erschwerten Bedingungen mit bis zu 40 km Umweg erreichbar. Aber auch die innerstädtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe werden direkt von den Sperrungen betroffen. Die vorgesehene Umleitungsführung wird zu erheblichen finanziellen Mehrbelas-

tungen einer ganzen Reihe von Dessau-Roßlauer Unternehmen führen, besonders derer, die im Gewerbegebiet Ost angesiedelt sind.

Nach einer Reihe von Gesprächen und Abstimmungen in den vergangenen 10 Tagen wurde klar, dass der Arbeitsebene die Hände gebunden sind bei der Öffnung der Anschlussstelle Dessau-Ost durch eine Behelfsausfahrt.

Aus diesem Grunde unterbreitete Herr OB Koschig heute dem Stadtrat den Vorschlag, eine **Resolution** zu verabschieden, in der alle an dem Verfahren Beteiligten aufgerufen werden, schnellstmöglich eine Lösung herbeizuführen, dass unsere Unternehmen handlungsfähig bleiben und unsere Innenstadt auch wirtschaftlich vertretbar erreichbar bleibt.

Die Verabschiedung einer solchen Resolution soll auch ein Zeichen setzen für unsere Unternehmen für unsere Unterstützung bei allen Entscheidungsträgern in der Sache. Dazu wurde den Mitgliedern des Stadtrates heute auch ein Brief an Minister Webel ausgereicht, in dem wir auf die Situation aufmerksam machen und zwei Lösungsvarianten vorschlagen, wobei die Behelfsausfahrt die für alle Betroffenen einfachste und günstigste, für den Baulastträger allerdings etwas teurere Variante ist.

Was die **Friedensbrücke** betrifft, kommen auf keinen Fall Ausnahmeregelungen in Betracht. Dies wurde in einer gestrigen Besprechung nochmals eindeutig ausgeschlossen.

Gestern lief aber auch die Einspruchsfrist im neuen Vergabeverfahren ab. Der Zuschlag ist erteilt, der Auftrag ist unterschrieben.

Im Berichtszeitraum feierte der **Ölmühle e.V. sein 10jähriges Bestehen**. Bei den Neuwahlen des Vorstandes wurde Stadtrat Giese-Rehm zum neuen Vorsitzenden gewählt. Ihm und dem neuen Vorstand wünschte Herr Koschig viel Erfolg.

Vor dem Start in die diesjährige Freiluftsaison auf der **Roßlauer Burg** wurden die Anwohner am 02. April 2014 im Rahmen eines Nachbarschaftstreffens über die geplanten Aktivitäten und Veranstaltungen auf der Burg im Jahr 2014 und das aktuelle Baugeschehen unterrichtet.

Veranstaltungsauftakt war der Ostermarkt des Fördervereins Burg Roßlau am 12. April 2014.

Vom 29. April bis 05. Mai 2014 findet auf dem gesamten Burggelände das große Mittelalterspektakel zu Walpurgis statt.

Die **Stadtparksaison** wurde am 26. April 2014 mit dem Garten- und Grünmarkt des Stadtverbandes der Gartenfreunde Dessau e.V. eröffnet.

Das 110jährige Jubiläum der Stadtbibliothek Roßlau – heute **Ludwig-Lippmann-Bibliothek** – konnte am 3. April begangen werden.

Im Rahmen des Förderprojektes „Lesen macht stark“ konnte die **Anhaltische Landesbücherei** ein Projekt starten, das bildungsbenachteiligte Kinder fördert und aus den lokalen Bündnispartnern „St. Johannis-GmbH“ und „Förderverein der Anhaltischen Landesbücherei“ besteht. Es wurden für die Arbeit mit Fotostorys 5 PC-Tablets erworben und Ehrenamtliche im Umgang mit diesen geschult. Die erste Maßnahme findet im Sommer statt. Am Welttag des Buches hatte der Förderverein

Anhaltische Landesbücherei mit einem schönen Programm in den Festsaal der Wissenschaftlichen Bibliothek eingeladen.

Für die Besucher der Einrichtung **Tierpark** stehen ab April 2014 eine Behindertentoilette und ein Babywickelraum zur Verfügung. Die Sanitäranlage wurde zu 100 % aus einer Spende finanziert. Hier sprach Herr Koschig seinen herzlichsten Dank an die Spender und ebenfalls an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Tierparks aus, dass sie dies ermöglichten.

Am 2. April 2014 fand das **Landesfinale Sachsen-Anhalt des Schülerkochpokals** im Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ statt. Die 5 punktbesten Kochteams aus Wernigerode, Lutherstadt Wittenberg, Gräfenhainichen, Quedlinburg und Dessau-Roßlau haben sich im Schuljahr 2013/2014 dafür qualifiziert und gingen mit dem Motto „Alles aus Teig – Herzhaft & Süß!“ ans Werk. Dabei hat das Team unserer Sekundarschule „Zoberberg“ einen hervorragenden 2. Platz errungen.

Gestern fand erstmalig in unserer Stadt die **Landesjugendmeisterschaft in den gastgewerblichen Berufen** statt. Die Jury, die Vertreter der DEHOGA und die Gäste waren von unserem Berufsschulzentrum sehr beeindruckt. Wir waren gute Gastgeber und Herr Koschig hoffe, dass dies ein wichtiger Beitrag war für den Zuschlag der Regionalfachklasse der Köche. Bisher fanden diese Meisterschaft im Maritim in Magdeburg statt.

Weiterhin informierte Herr Koschig über einen sehr gelungenen öffentlichen **Elterninformationsabend** im Ratssaal zum Thema „**Elternnavigator Medienkompetenz**“ am 2. April 2014. In der Veranstaltung wurde Eltern und Lehrern die Medienwelt ihrer Kinder erhellte. Im Fokus standen soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram und WhatsApp. Dahingehend wurden aktuellste und bei Jugendlichen sehr beliebte Trends hinsichtlich ihrer Optionen und Risiken beleuchtet, aber vor allem Aufklärung und Tipps gegeben sowie Methoden des präventiven Kinder- und Jugendmedien-schutzes anwendungsbereit dargestellt.

Über 150 Mütter, Väter und Lehrer haben an diesem thematischen Elternabend teilgenommen.

Am 7. April 2014 um 16:00 Uhr wurde in der Friedrich-Naumann-Straße 12 das **Streetworkbüro** an seinem neuen Standort eröffnet. Es ist ein Gemeinschaftsbüro der Streetworker der Stadt Dessau-Roßlau und der St. Johannis GmbH. Bei der Eröffnung wurde Renate Stark, die Streetworkerin der Stadt, tatkräftig von Jugendlichen unterstützt. Gleichzeitig wurde die Ausstellung „Mit meinen Augen“, die Jugendliche mit Fotos im letzten Jahr gestaltet hatten, eröffnet. Die Besucher sollten das beste Ausstellungsfoto auswählen, welches dann prämiert wird. Die Teilnehmer der Eröffnung konnten sich über die Arbeit von Streetwork informieren und kamen in Randgesprächen zu einem fachlichen Austausch zusammen.

Der **Bolzplatz für den Jugendklub Zoberberg** konnte am Freitag, 25. April, eingeweiht und übergeben werden. Herr Koschig dankte den Sponsoren, die dies finanziell ermöglichten, aber vor allem den Jugendlichen des Klubs selbst, die mit vielen Aktivitäten über zwei Jahre lang dafür Sorge trugen und mit Hand anlegten, dass es nun möglich wurde.

Am 17. April erfolgte der offizielle Spatenstich für den 1. und 2. Bauabschnitt im Rahmen der vorgesehenen **Erschließungsmaßnahmen im BioPharmaPark Dessau**.

Die für den Zeitraum bis Dezember 2014 geplanten Bauabschnitte beinhalten die Errichtung der im Einzugsbereich festgesetzten Planstraßen sowie deren nördliche Verlängerung. Nach Verkehrsfreigabe sollen sich dann unmittelbar als 3. Bauabschnitt die Optimierung der Straße „Am Pharmapark“ sowie deren Anbindung an die Bundesstraße 184 anschließen. Die Fertigstellung und offizielle Einweihung erfolgt bis Ende des Jahres 2015.

Beim vorliegenden Infrastrukturprojekt zur Verbesserung der verkehrlichen Erschließung handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Dessau-Roßlau und der im Biopharmapark als Standortdienstleistungsunternehmen ansässigen TEW Technik-Energie-Wasser Servicegesellschaft mbH. Insgesamt sollen bis Ende 2015 ca. 3,65 Mio. € in die Verbesserung der Anbindung der Unternehmen des BioPharmaParks an das überörtliche Verkehrsnetz investiert werden. Das Vorhaben wird vom Land Sachsen-Anhalt mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ gefördert.

Die durch diese Maßnahmen dann optimal angebundenen Produktionsflächen sollen sowohl von den bereits ansässigen Unternehmen im Rahmen von Firmenerweiterungen als auch für neue Ansiedlungen genutzt werden. Dadurch trägt das Infrastrukturvorhaben weiter zur Stärkung und Etablierung des BioPharmaParks als internationaler Produktionsstandort sowie zur Sicherung und Schaffung weiterer Arbeitsplätze in diesem Bereich bei.

Während der Veranstaltung kündigte der Geschäftsführer weitere Investitionen in Höhe von 36 Mio. € in der IDT selbst und 40 Mio. € in der Firma Onkotec an.

Im **Industriehafen** fand heute ein Modellversuch statt. Zum ersten Mal wurden fünf Tankcontainer für die DHW Rodleben GmbH umgeschlagen, die aus dem Hamburger Hafen kamen. Wie eben der Geschäftsführer mitteilte, ist der Umschlag erfolgreich verlaufen, so dass dies der Startschuss ist für den Beginn des **Container-Umschlags** auch am Hafenstandort Dessau-Roßlau.

Vom 10. bis zum 27. April fand in unserer Stadt die schon zur Tradition gewordene **Agenda-Woche** in ihrer mittlerweile 16. Auflage statt.

Unter dem Motto „Dem Klimawandel begegnen“ konnten sich Interessierte auf 19 Veranstaltungen mit diesem Thema, das uns alle bewegt, auseinandersetzen. So referierte z.B. Prof. Reinhold Leinfelder, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, über „Die große Transformation zur Nachhaltigkeit“ vor mehr als 60 Besuchern, oder Frau Mahrenholz, Leiterin des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung im Umweltbundesamt, über die Auswirkungen des Klimawandels auf deutsche Kommunen.

Auch der **Tag der Energieavantgarde Anhalt** am vergangenen Sonabend, organisiert von der Stiftung Bauhaus Dessau, konnte zahlreiche Besucher mit interessanten Vorträgen und Busexkursionen gewinnen.

Die Agenda-Woche wurde, und auch das ist bereits eine gute Tradition, organisiert von mehreren Vereinen und Institutionen, wie z. B. dem Energietisch Dessau, dem Eine Welt Verein und dem Eine Welt Netzwerk, der Evangelischen Erwachsenenbil-

derung und der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, der Caritas Bitterfeld und der Stiftung Bauhaus Dessau, um nur einige zu nennen und nicht zu vergessen, dem Umweltamt unserer Stadt. Herr Koschig dankte allen Organisatoren für ihr Engagement.

Am 2. April fand eine neue Aktion zur **Verlegung weiterer Stolpersteine** in unserer Stadt statt. Hier dankte Herr Oberbürgermeister Koschig vor allem auch den Schülerinnen und Schülern, die sich aktiv beteiligen und damit das Schicksal der Personen, an die mit den Stolpersteinen erinnert werden soll, erforschen.

In diesen Tagen finden zahlreiche **Auszeichnungsveranstaltungen zur Verleihung der Fluthelfernadeln** statt, bei uns u. a. am 7. und 15. April sowie während der Dienstabende bei den einzelnen Freiwilligen Feuerwehren.

Einladungen sprach der Oberbürgermeister aus

- zu den Maikundgebungen und Maifeiern. In diesem Jahr ist die zentrale Veranstaltung des DGB in Sachsen-Anhalt in unserer Stadt und beginnt 11.00 Uhr im Stadtpark.
- zur Eröffnung der neuen Meisterhäuser, einer gemeinschaftlichen Veranstaltung der Stiftung Bauhaus Dessau und der Stadt Dessau-Roßlau. Im Rahmen der Meisterhäuseröffnung wird bereits am Mittwoch, 14.05.2014, in der Aula des Bauhausgebäudes die Ausstellung "Dessau 1945: Moderne zerstört" eröffnet. Die Ausstellung mit Bilddokumenten des französischen Fotografen Henri Cartier-Bresson ist vom 19.05. bis 07.09.2014 im Bauhaus zu besichtigen.

Am Freitag, 16.05.2014, 14.30 Uhr, findet dann in der Meisterhaussiedlung der Festakt und die Schlüsselübergabe im Beisein des Bundespräsidenten Joachim Gauck und des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Dr. Reiner Haseloff statt.

Abschließend benannte Herr OB Koschig weitere Höhepunkte des Programms anlässlich der Eröffnung der Meisterhäuser.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums - entfallen -

5 Einwohnerfragestunde

Zu Wort meldete sich **Herr Mach, wohnhaft in Dessau**. Er bezog sich auf das im Ratssaal verhüllte Bild eines Dessauer Künstlers und fragte nach, wann er dieses wieder sehen könne.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner entgegnete, das Thema bzw. die Diskussion um dieses Bild werde dann wieder aufgenommen werden, wenn es hier um die Neugestaltung des Ratssaales geht. Bisher musste der Notwendigkeit gefolgt werden, die baulichen Mängel (Dachreparaturen) des Rathauses zu beheben. Diese Maßnahmen sind in der Umsetzung. Danach werde sicherlich auch das angesprochene Thema wieder aufgegriffen.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt, so dass die Einwohnerfragestunde geschlossen werden konnte.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen
6.1 Siebenter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: IV/011/2014/II-20

Zum Beteiligungsbericht gab es keine Nachfragen, er wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Neuausrichtung Stadtmarketing Dessau-Roßlau "Qualifizierung der Organisationsstruktur innerhalb der Stadtverwaltung"
Vorlage: BV/025/2014/VI-80

Die Beschlussvorlage BV/025/2014/VI-80 (in der Einladung fälschlicherweise als IV/022/2014/II bezeichnet) wurde aufgerufen. Sie lag zur Information vor, da es um die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters geht.

Herr Mau, CDU-Fraktion, stellte Herrn Beigeordneten Hantusch eine Frage, welche er bereits im Kulturausschuss zu diesem Thema aufgeworfen hatte. Es gab eine Veranstaltung „1. Stadtmarketing Forum Ost“ in der IHK Halle, in der GmbH-Varianten vorgestellt wurden. Die Sachgebietsleiterin Frau Schulze war dort anwesend. Im Ausschuss am 27.03. hatte Herr Mau darum gebeten, eine Information im Stadtrat zu bekommen, wie die vorgestellten Varianten gegenüber dem Optimierten Amt aussehen.

Die Information sei aufbereitet worden, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Sie würde im nächsten Wirtschaftsausschuss vorgestellt werden, da man genau auf das Zahlenmaterial der einzelnen Organisationseinrichtungen sehen und sie auch inhaltlich vergleichen müsse, was im Rahmen der Stadtratssitzung nicht so möglich wäre. Auf die Nachfrage von Herrn Mau, ob es richtig sei, dass Herr Hantusch dieses Amt für sich selbst favorisiere, erklärte er, in allen Ausschüssen deutlich gemacht zu haben, dass für ihn in erster Linie die Inhalte wesentlich seien, dann Personal und die finanzielle Ausstattung. Wenn dies alles vorhanden sei, wäre es fast egal, in welcher Organisationseinheit er dies realisiere. Sicher könne eine GmbH, wenn sie gut läuft und von den Stadträten vernünftig unterstützt wird, dann schneller sein als ein Optimiertes Amt. Er habe aber auch gesagt, er sei bereit, mit dem Optimierten Amt als eine Möglichkeit anzufangen. Man könne, wenn es gut läuft, auf eine GmbH umschwenken, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Als Herr Hantusch 2009 sein Amt in Dessau-Roßlau angetreten habe, merkte **Herr Mau** an, habe er als sein Ziel u. a. eindeutig formuliert, Stadtmarketing zeitnah in ein PPP-Modell zu bringen.

Dies wurde von **Herrn Hantusch** bestätigt, zu dem Zeitpunkt habe er aber nicht gewusst, wie viel Inhaber geführte Unternehmen es in Dessau gibt. Er habe auch in den Ausschüssen und in der Lenkungsgruppe deutlich gemacht, dass solch ein PPP-Modell, wie es auch in größeren Städten praktiziert wird, nur dann sinnvoll ist, wenn man genügend Inhaber geführte Unternehmen hat, die bereit sind, in eine solche GmbH als Gesellschafter einzutreten mit allen Rechten und Pflichten.

Abschließend erklärte **Herr Mau**, die CDU-Fraktion stehe nicht zu dem hier geplanten Projekt, sie favorisiere eine GmbH-Lösung, aber in der Richtung, dass die Mitarbeiter ordentlich mitgenommen werden und ihnen nicht suggeriert wird, sie würden nach einem Jahr entlassen und haben keine Arbeitnehmerrechte mehr, die sie sich in der Stadt erworben haben.

Sowohl im Beirat als auch im Fachausschuss habe man sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt, führte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, aus. Letztendlich sei man zu der Schlussfolgerung gekommen, dass nach jetzigem Sachstand, um überhaupt die Problematik eines qualifizierten Stadtmarketings aufzunehmen, es eines Impulses bedarf. Das Angebot der Verwaltung sei nach Vorprüfung im Moment das Optimierte Amt. Er denke, es ist möglich, um diese Dinge nicht noch Monate vor sich herzuschieben, umgehend auch mit dem Beirat in der Sache Stück für Stück nicht nur Inhaber geführte Unternehmen an einem solchen Projekt zu beteiligen, wenn die Aufgabenstellung klar umrissen ist, wenn die Möglichkeit der Beteiligung gegeben ist, einen wirklich für die Zukunft sicheren Weg einzuschlagen. Er habe die Hoffnung, gemeinsam in der nächsten Zeit die Dinge in vernünftige Bahnen lenken zu können. Die Voraussetzungen seien mit dem jetzt Optimierten Amt gegeben, um daraus eine qualifiziertere Lösung zu entwickeln.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, betonte, es als Anfang zu sehen. Ziel muss es sein, das in eine GmbH zu überführen.

Die Vorlage war zur Kenntnis genommen worden.

6.3 Auswertung der Bürgerumfrage zum Bürgerhaushalt 2014 Vorlage: IV/022/2014/II

Die Vorlage IV/022/2014/II (in der Einladung fälschlicherweise als BV/025/2014/VI-80 bezeichnet) wurde aufgerufen und zur Kenntnis genommen.

6.4 Berichterstattung des Wirtschaftsbeirates zur Tätigkeit im Jahr 2013

Herr Tschammer, Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates, gab den Bericht des Beirates ab. Er führte aus, die führenden Verbände und Vereine unserer Stadt haben sich mit Beginn der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode einen Wirtschaftsbeirat gewünscht und der Verwaltung Vorschläge unterbreitet. Nach relativ langem Verhandeln wurde mit entsprechender Vorbereitung durch den Stadtrat in seiner Sitzung am 18.07.2012 die Satzung für den Wirtschaftsbeirat der Stadt Dessau-Roßlau erlassen.

Danach ist der Wirtschaftsbeirat ein beratendes Gremium, er ist ein unabhängiger und parteipolitisch neutraler Beirat. Ziel der Arbeit des Wirtschaftsbeirates sind u. a. den Sachverstand von erfahrenen Fachleuten aus der Wirtschaft zur Vorbereitung von politischen Entscheidungen zu nutzen und als Bindeglied zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung zu fungieren. Der Wirtschaftsbeirat hat u. a. die Aufgabe, die Verwaltung und darüber den Stadtrat sowie seine Ausschüsse bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen zur Förderung der Wirtschaft zu beraten und zu begleiten sowie der Stadt bei wesentlichen Fragen zur Schaffung von Ar-

beitsplätzen in der Stadt und in der Region beratend und unterstützend zur Seite zu stehen.

Mit der konstituierenden Sitzung am 29.10.2012 nahm der Wirtschaftsbeirat seine Tätigkeit auf. Gemäß der Satzung setzt sich der Beirat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Bauernverband Anhalt e. V.,
vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Vierenklee;
- Bund der Selbständigen, Ortsverband Dessau,
vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Mohs;
- IHK Halle-Dessau, Geschäftsstelle Dessau,
vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Piotrowsky;
- Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau,
vertreten durch den Kreishandwerksmeister Herrn Krökel;
- Landesverband der Freien Berufe Sachsen-Anhalt e. V.,
vertreten durch den Ehrenpräsidenten Herrn Rösch;
- Stadtparkasse Dessau,
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Dormeyer;
- Verband Deutscher Unternehmerinnen, Landesverband Sachsen/Sachsen-Anhalt, vertreten durch die Dessauer Vorsitzende Frau Rossa;
- Volksbank Anhalt,
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Bähr;
- Wirtschafts- und Industrieklub Anhalt e. V.,
vertreten durch den Präsidenten Herrn Tschammer;
- Wirtschaftskreis Roßlau e. V.,
vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Mau;
- Wirtschaftsjuvenen Dessau e. V.,
vertreten durch den jeweiligen Kreissprecher.

Den Vorsitz des Gremiums hat seit dem 28. 5. 2013 Herr Tschammer vom Wirtschafts- und Industrieklub Anhalt e. V. inne, der die Nachfolge von Herrn Rätzer antrat. Für die Besetzung der Position des Stellvertreters wurde Herr Mohs, Bund der Selbständigen, Ortsverband Dessau, durch die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates gewählt.

Welche Wertschätzung dem Beirat seitens der Wirtschaft entgegengebracht wird, ist auch daran zu erkennen, dass in der Regel die jeweiligen Führungspersonlichkeiten im Wirtschaftsbeirat vertreten sind. Die Verwaltung der Stadt wird durch den Beigeordneten für Wirtschaft- und Stadtentwicklung und den Amtsleiter für Wirtschaftsförderung vertreten. Herr Hantusch und die jeweilige Amtsleitung fehlten bei keiner Beiratssitzung.

Seit der konstituierenden Sitzung am 29.10.2012 tagte der Wirtschaftsbeirat noch 6 Mal, u. a. in der IHK, in der Volksbank und in der Wohnungsgenossenschaft Dessau. Die Sitzungen fanden in einem offenen, konstruktiven und vertrauensbildenden Klima statt. Inhaltlich wurde in den bisherigen nichtöffentlichen Sitzungen besonderer Wert auf folgende Themen gelegt:

- Neuausrichtung Stadtmarketing
- Standort des Ersatzneubaus der Schwimmhalle
- Vorbereitung der Veranstaltungsreihe Unternehmerforum

- Intensivierung der Wirtschaftsförderung
- Vergabe des Unternehmerpreises der Stadt Dessau-Roßlau
- Ausstellungszentrum der Stiftung Bauhaus Dessau
- Aufwertung der Kavalierstraße
- Ersatzneubau Muldebrücke.

Zu jeder Sitzung des Wirtschaftsbeirates berichtete ein Mitglied über die Arbeit des von ihm vertretenen Verbandes oder Vereins. Es erfolgte insgesamt stets ein reger Informations- und Gedankenaustausch.

Besonders hervorzuhebende Tätigkeit des Wirtschaftsbeirates für das zurückliegende Jahr war die auf Anregung des Wirtschaftsbeigeordneten erfolgte Teilnahme des Vorsitzenden, Herrn Tschammer, beim Antrittsbesuch des Ministers für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Möllring, beim Oberbürgermeister und dem Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Bei dem Besuch ging es vor allem um die Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Dessau-Roßlau, den Ausgleich struktureller Defizite des Standortes, Entwicklungs- und Kooperationsstrategien und die Schaffung eines wissenschaftlichen Umfeldes im Bereich des Bio-Pharma-Parks in Dessau-Tornau.

Mit Empfehlungen müsse der Wirtschaftsbeirat noch Erfahrungen sammeln. Hier wurde im Jahr 2013 zwar einiges getan, aber im kritischen Rückblick ist es entweder an der Umsetzung gescheitert, oder die Empfehlung wurde schlichtweg nicht beachtet. So ist ein Veranstaltungskalender der Wirtschaft, der am 29.10.2012 angeregt wurde und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden sollte, nicht zustande gekommen.

Am 26.02.2013 ging es u. a. um die Neuausrichtung des Stadtmarketings. Von den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates wurde die Variante eines Geschäftsbesorgungsvertrages als optimal angesehen. Der Vorschlag einer Optimierten Amtsvariante wird vom Wirtschaftsbeirat verworfen und auch das Modell einer Kultur-Tourismus-Gesellschaft in Form einer PPP erhielt keine Zustimmung.

Am 28.05. wurde ein Appell an die Wirtschaft gerichtet, Ziel war es, an dem Vorhaben Ausstellungszentrum Bauhaus Dessau unbedingt festzuhalten und dieses nicht wieder durch Uneinigkeit zu zerreden.

Am 05.11.2013 wurde zur Frage der Aufwertung der Kavalierstraße mehrheitlich von den Mitgliedern des Beirates dieselbe empfohlen.

Zusammenfassend könne man feststellen, dass der Wirtschaftsbeirat der Stadt Dessau-Roßlau aktiv tätig war und auch ist. Hier wollen wir gemeinsam mit der Verwaltung den begonnenen Weg fortsetzen. Dabei geht es auch darum, mehr Kommunikation und konkrete Informationen über die Verwaltungsspitze hinaus in den politischen Raum über alle Fraktionsgrenzen hinweg zu geben. Es ist dabei auch nötig, Empfehlungen des Wirtschaftsbeirates weiterzugeben, damit die Entscheidungsgremien überhaupt Kenntnis von der Meinung der Wirtschaft zu dieser oder jener Problematik erhalten. Das ist für die Beiratsmitglieder sehr wichtig, denn die ehrenamtlich im Beirat Tätigen möchten schon Gehör finden. Sie glauben fest daran, dass ihnen dies noch in diesem Jahr gelingen wird.

Herr Tschammer bedankte sich für die Aufmerksamkeit.

6.5 Berichte des Seniorenbeauftragten und des Seniorenbeirates

Der Bericht des **Seniorenbeauftragten Herrn Scholz** war allen Mitgliedern des Stadtrates mit der Ladung zugegangen. Bevor Herr Scholz in seinen mündlichen Darlegungen darauf einging, stellte er sich vor und berichtete über seine persönlichen Interessen, die im Wesentlichen im sozialen Bereich liegen.

Sein Ehrenamt sehe er als Berufung an und es mache ihn stolz, wenn er sich um Menschen kümmern kann. Er bringe sich für die Stadt ein, um etwas zum Positiven verändern zu können. Der vorliegende Bericht und einige Fotos sollen einen kleinen Einblick in seine Tätigkeit vermitteln, worauf er im Einzelnen einging. So die Vertretung der Senioren im Kundenbeirat der Stadtwerke, Organisation von Stammtischen für die Senioren.

Hier unterbreitete er an die Wohnungsunternehmen gerichtet den Vorschlag, jeweils eine leerstehende Wohnung in den einzelnen Stadtteilen als Seniorentreff auszubauen bzw. bereitzustellen. Er garantiere dafür, wenn ein solcher Raum vorhanden sei, finde sich auch jemand, der dabei hilft, diesen zu bewirtschaften.

Als weiteren Punkt sprach er an, ob es möglich wäre, den Senioren Hilfestellung z. B. bei der Antragstellung auf Wohngeld zu geben. Es sollte geprüft werden, ob es wirklich nötig sei, wiederholt diesen Antrag stellen zu müssen, obwohl sich die Rente nicht verändert hat.

Abschließend erklärte Herr Scholz seine Bereitschaft, in die Fraktionssitzungen zu kommen, um über seine Arbeit zu berichten.

Herr Pfarrer Gast schloss sich mit dem **Bericht des Seniorenbeirates** an, welcher ebenfalls in schriftlicher Form bereitgestellt worden war. Aus diesem Bericht stellte Herr Pfarrer Gast zwei Dinge heraus, die ihm im letzten Jahr besonders wichtig waren.

- Zusammen mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen wurde ein Zertifikat „Senioren- und behindertenfreundlicher Service“ erarbeitet, welches in der Stadt verteilt werden soll.
- In diesem Jahr habe man das Jubiläum 20 Jahre Seniorenbeirat gefeiert und Herr Gast sei dankbar dafür, dass man in diesen Jahren auch tatsächlich etwas erreicht habe. Hier könne er Herrn Scholz nur beipflichten, in anderen Kommunen rede man über ihre Arbeit, worüber sie sehr froh seien.

Im Weiteren führte Herr Pfarrer Gast Punkte an, die nicht im Jahresbericht enthalten sind. Hierbei gehe es darum, was in den ersten Monaten dieses Jahres getan wurde. Man habe sich damit beschäftigt, was habe man getan, was könne man verändern, was müsste gemacht werden und wo solle man anfangen. Hier wurden einige Punkte erarbeitet und an den Oberbürgermeister gegeben. Mittlerweile habe es auch schon ein Gespräch mit dem Beigeordneten Dr. Raschpichler gegeben über diese gegebenen Anregungen:

- Der Seniorenbeirat fasste den Beschluss und empfahl, dass der Seniorenbeauftragte und der Seniorenbeirat zum gleichen Zeitpunkt für die Dauer der Legislaturperiode des Stadtrates bestellt werden sollte.
- Angesichts der demografischen Entwicklung ist es dringend erforderlich zu überprüfen, ob die bisher im Ehrenamt ausgeübte Funktion des Seniorenbeauftragten künftig in eine hauptamtliche Tätigkeit gewandelt werden könnte.

- Die beiden Aufgabenfelder für den Beauftragten und den Beirat sollten in der Satzung nochmals abgeglichen werden, da vieles doppelt erfasst wurde, was dann einmal gestrichen werden könnte.

Herr Pfarrer Gast bedankte sich für die Aufmerksamkeit und wünschte für die Sitzung noch viel Erfolg.

6.6 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, erhielt das Wort und richtete folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Ist es richtig, dass beim Verkauf und Ummeldung einer Garage der Bürger in Dessau zum Bürgeramt, zum Bauamt und abschließend zum Finanzamt gehen muss. Könnte es nicht in einer Zeit, in der es computervernetzte Systeme gibt, soweit reduziert werden, dass ein Weg für den Bürger möglich wäre? Dies bat Herr Puttkammer zu überprüfen und evtl. Maßnahmen zu ergreifen.
2. Es wurde bereits über das Stadtmarketing gesprochen, Herrn Puttkammer sei es aber aufgefallen, dass vor etwa drei Wochen vor dem Dessau-Center die Fahrradabstellmöglichkeiten nach einem Unfall stark beschädigt wurden. Er frage, wann dieser Missstand beseitigt wird, immerhin sei bekannt, wer den Ständer zerstört hat.
3. Herr Puttkammer gab die Anregung, nach der Diskussion um die Übergänge im Bereich Ziebigk/7 Säulen, wo es immer wieder zu Problemen mit Fahrradfahrern kommt (die manchmal auch nicht aus der richtigen Richtung kommen), müsse man sich diesem Problem ernsthaft annehmen.
Das Problem besteht nicht nur an den 7 Säulen, auch die Zufahrt in die Wasserstadt sei s. E. für Radfahrer ein Gefahrenschwerpunkt. Die Autofahrer konzentrieren sich automatisch auf den von links kommenden Verkehr, die Fahrradfahrer haben aber Vorfahrt.
Hier frage er, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn die Übergänge etwas von den Kreuzungsbereichen weggenommen werden, damit die Verkehrsteilnehmer gefährdungsfreier am Verkehr teilnehmen können.

Als weiterer Redner erhielt **Herr Schönnemann, Fraktion Die Linke**, das Wort. Er sprach eine Einladung aus zum **10. Großen Preis von Kleinkühnau**. Die Initiative Heimatverein Kleinkühnau e.V. betreibt mit dem Ortschaftsrat gemeinsam seit 10 Jahren eine aufopferungsvolle Arbeit in Richtung Jugendsport. Es wird ein Kinder- und Jugendrennen durchgeführt. Es wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen, auch von den Akteuren aus den Sportvereinen, die sowohl aus der Region als auch den umliegenden Bundesländern kommen. Der Rekord war 2011 mit 167 Teilnehmern aufgestellt worden, in diesem Jahr sind 120 Teilnehmer gemeldet. Die Veranstaltung ist am **1. Mai, Start 10.00 Uhr**. Es finden 6 interessante Rennen statt und sie werden gegen 14.00 Uhr beendet sein.

Die von Herrn Puttkammer aufgeworfene Frage nach einer möglichen Vernetzung der Ämter wurde von **Herrn Hoffmann, Fraktion Die Linke**, bekräftigt. An ihn habe sich in einer solchen Angelegenheit ein Bürger gewandt, der durch einen Todesfall vor dem gleichen Problem stand. Vielleicht könne hier auf der Internetseite der Stadt etwas Aufklärung gegeben werden.

Des Weiteren erinnerte Herr Hoffmann an ein Jubiläumsspiel Dessau 05 gegen Bayern München, welches 2008 veranstaltet worden war. Hier hatte Bayern auf seine Einnahmen verzichtet. Da es ihm bisher nicht gelungen sei zu erfahren, wo das Geld bei Dessau 05 angekommen ist, interessiere ihn der Vorgang insgesamt, also mit welchen Buchungsvorgängen dies verbunden war. Herr Hoffman bat um schriftliche Beantwortung.

Mit der Prüfung habe er das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

Herr **Stadtrat Hendrik Weber** stellte eine Reihe von Fragen, welche sich auf den in nichtöffentlicher Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 09.10.2013 gefassten Beschluss, dem Handballverein DRHV 06 einen einmaligen Zuschuss zu gewähren, bezogen. Die MZ hatte erst am 28.11.2013 darüber berichtet und bereits einen Tag später mitgeteilt, dass in dieser Sache die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue ermittle. Herr Weber fragte deshalb, ob bekannt sei, gegen wen sich die Ermittlungen richten und ob es Ergebnisse gibt. Lt. MZ habe die Strafanzeige der Privatermittler Jüngling erstattet.

Aus dem Inhalt des Zeitungsartikels ergeben sich für Herrn Weber weitere Fragen:

- Ist bekannt, gegen wen weitere Ermittlungen laufen?
- Wird gegen den namentlich nicht genannten Rechtsanwalt ermittelt, der das Schuldenbereinigungsverfahren des Vereins durchführt, welches noch nicht abgeschlossen ist?
- Wie sind die Mittel verwendet worden, die die Stadt zur Abwendung der Insolvenz zur Verfügung stellte?
- Sind diese an die Marketing GmbH des DRHV geflossen, obwohl niemals die Rede von finanzieller Unterstützung dieser GmbH aus städtischen Mitteln war?
- Wird die Rechtmäßigkeit der Zahlung an die GmbH geprüft und müssen diese Beträge ggf. zurückgezahlt werden?

Im Artikel war die Rede von unterschiedlichen Gläubigerlisten,

- waren der Verwaltung und den Stadträten diese bekannt, als sie die Entscheidung zugunsten des DRHV trafen?
- Wenn nein, warum wurde die aus beiden Listen ersichtliche tatsächliche Höhe der Verschuldung des Vereins verschwiegen? Welche Rolle spielt hierbei Herr Dr. Exner als der vom Verein beauftragte Rechtsanwalt?
- Herr Zänger habe in dem MZ-Artikel nicht beantwortet, wann der Verein schuldenfrei und zu welchem Zeitpunkt das Verfahren abgeschlossen ist. Er habe nur gesagt: „Mit dem Abschluss des Schuldenbereinigungsverfahrens sind wir tatsächlich schuldenfrei.“

Vielleicht könne Herr Dr. Exner diese Frage beantworten, merkte **Herr Weber** an und bat darum, da die meisten an diesem Verfahren Beteiligten anwesend sind, die Fragen hier und jetzt zu beantworten.

Um Herrn Weber zu antworten, entgegnete **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, er habe ihn als beteiligter Stadtrat, der die Beschlüsse mitgefasst habe, angesprochen und auch als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses. Für diesen Ausschuss war es bisher kein Gegenstand, er denke aber, nachdem heute solche Anschuldigungen aufgeworfen wurden, werde er es auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung neh-

men. Dazu bitte er, hier wandte er sich an den Oberbürgermeister, alle Unterlagen rechtzeitig für die Sitzung bereitzustellen. Auch sollte eine Person vom Verein bzw. alle daran beteiligten Personen dazu geladen werden. Hinsichtlich der angesprochenen Gläubigerliste merkte Herr Rumpf an, s. E. wurde nur von einer Liste gesprochen. Wenn es also eine zweite Liste geben sollte, muss auch diese vorgelegt werden.

Das Anliegen des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses könne er voll nachvollziehen, sagte **Herr OB Koschig**, allerdings könne er es momentan nicht erfüllen, da sämtliche Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft sind.

Bis zur Sitzung des Ausschusses könnten sicher Kopien der Unterlagen erstellt werden, gab **Herr Rumpf** zu bedenken. Als Stadtrat könne er sich nicht damit abfinden, dass die Behauptungen hier kommentarlos im Raum stehen bleiben.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates und Mitglied der CDU-Fraktion, gab folgende abstrakte Erklärung ab:

Er ist Anwalt und als solcher einer Schweigepflicht unterworfen. Diese Schweigepflicht betrifft sowohl die inhaltlichen Sachen eines Mandates wie auch die Tatsache, ob und wen er vertritt. Es ist eine umfassende Schweigepflicht. Weitere Erklärungen werde er dazu nicht abgeben.

Zu dem angeschnittenen Thema erhielt **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, das Wort. Er betonte, die Aussagen dürfen hier nicht so im Raum stehen bleiben. Richtig schätze er ein, den Rechnungsprüfungsausschuss damit zu befassen. Die Unterlagen zu beschaffen, sei kein Problem. Klarstellend führte Herr Otto aus, wenn es in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und beschlossen wurde, hatte es seinen Grund. Das heißt nicht, dass in den Fraktionen die Fraktionsmitglieder nicht darüber informiert werden können. Wenn Herr Weber keine Information erhalten habe, müsse er es in der Fraktion selbst klären.

Herr Otto stellte weiter fest, dass alle Schulden, die überhaupt aufgelaufen waren, sind aus dem Verein begründet. Die Marketing-Gesellschaft habe es zu der Zeit überhaupt nicht gegeben. Die Marketing habe sich nur bemüht, die Schulden des Vereins abzutragen, dies könne aber in dem Ausschuss nochmals ordentlich dargestellt werden.

Die FDP habe den Beschluss des Haupt- und Personalausschusses voll mitgetragen, weshalb sich **Herr Otto** nun frage, wie dieser Beschluss zu Herrn Jüngling als FDP-Mitglied kommt, der kein Fraktionsmitglied ist, während sich andere Fraktionsmitglieder fragen, weshalb sie von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung nicht informiert sind. Herr Jüngling stelle nun als FDP-Mitglied den Strafantrag und ziehe Herrn Dr. Exner, der nach seinem Kenntnisstand als Sachwalter und neutraler Vermittler im Verfahren arbeitet, in den Wahlkampf mit hinein und beschädigt ihn. Darüber sollte jeder nachdenken.

Weitere Themen zum Tagesordnungspunkt wurden von **Herrn Otto** angesprochen: Er habe am 16. April an einer Deichbegehung teilgenommen und dabei mitbekommen, dass viele ehrenamtliche Deichläufer seit Jahren kritisieren, dass zwei Pegellatten, eine an der Kläranlage und eine am Durchlass zum Wallwitzsee, nicht von der Landseite aus ablesbar sind. Beim letzten Hochwasser 2013 war dann der automatische Pegel ausgefallen, so dass die Leute gezwungen waren, durch das Wasser heranzugehen. Es sei im Grunde nur eine unwesentliche Konstruktionsänderung not-

wendig. Bei der Deichschau waren mehrere Vertreter der Stadt anwesend und Herr Otto habe erleben müssen, als Herr Schlenker als Vertreter des Landeshochwasserbetriebes sagte, er sei nicht zuständig und die Stadtverwaltung wusste nicht, wer zuständig ist. Herr Otto habe auf die heutige Stadtratssitzung verwiesen, bis zu der dies geklärt sein sollte. Seine Frage sei nun, ob es eine Klärung gibt oder bis wann diese kommt.

In seiner zweiten Frage bezog sich Herr Otto auf seine Mitteilung in der Stadtratssitzung Ende Januar, dass nach Medienmeldung der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben werde. Dazu hatte er gefragt, welche Aktivitäten die Stadtverwaltung unternommen habe, um die Umgehungsstraßen Roßlau und Mosigkau im Bundesverkehrswegeplan vorzuziehen. Bis zur darauf folgenden Bauausschusssitzung sollte von der Stadtverwaltung eine Antwort kommen. Nun seien mehrere Ausschusssitzungen gefolgt und eine weitere Stadtratssitzung, eine Information sei aber auch heute nicht gekommen. Deshalb frage er heute, wann die Informationen zu den Aktivitäten zum Bundesverkehrswegeplan gegeben werden.

Die Information wird in nächsten Bauausschuss am 06.05.2014 gegeben, sagte **Herr Beigeordneter Hantusch** zu. Ebenfalls zum 06.05. werde eine Antwort zur Pegellatte erfolgen.

Zum Thema Handball meldeten sich weitere Mitglieder des Stadtrates zu Wort. Zunächst führte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, aus, als Mitglied des Haupt- und Personalausschusses habe er aus vollem Herzen diesem Zuschuss an den Handballverein zugestimmt. Mit Bestürzung habe er heute erfahren, wie viele Fragen aufgeworfen wurden. Er wolle, dass jede der einzelnen Fragen auf Richtigkeit und Wahrheit überprüft wird. Weiterhin brachte Herr Tonndorf seine Entrüstung zum Ausdruck, dass etwas in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen werde und es am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen ist.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden und Mitglied der Fraktion Die Linke, führte aus, er habe mit einem Untersuchungsausschuss im Land als Stellvertreter zu tun und könne sich gut vorstellen, dass bei Recherchen in der hier angesprochenen Angelegenheit etwas ersichtlich wurde, was Herrn Jüngling zum Nachdenken bringt. Herr Hoffmann frage sich aber, warum auf der Gläubigerliste Handballverein und Marketing standen und nicht Marketing GmbH. Die Fragen müssen beantwortet werden, ist die GmbH überhaupt förderfähig und wieso gibt es überhaupt zwei Gläubigerlisten. Hier bitte er ganz dringend um Aufklärung.

Um keine Zweifel offen zu lassen, betonte **Herr Stadtrat Hendrik Weber**, die Förderung des DRHV liege ihm ebenso wie allen Stadträten am Herzen. Darum gehe es aber nicht, sondern um Klarstellungen und die Frage der Rechtmäßigkeit. Er wies ausdrücklich auch darauf hin, er habe bei seinen Fragen aus der MZ zitiert. Und zum Thema Nichtöffentlichkeit merkte Herr Weber an, nach der letzten Stadtratssitzung, als er nicht auf diesen Vorgang Bezug genommen hatte, stehe bei Facebook ein großer Angriff gegen ihn von Herrn Zänger und für alle Welt nachlesbar.

Wie von Herrn Hoffmann gerade angesprochen, gebe es beim Land und auch Bund Untersuchungsausschüsse, erklärte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Er frage, welche Möglichkeit man hier als Stadtrat habe. Für ihn sei es vollkommen unbefriedigend, wenn man vom Oberbürgermeister gesagt bekomme, man könne

nichts machen, weil die Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft sind. Es müsse möglich sein, alles transparent zu machen und im Rechnungsprüfungsausschuss sauber aufzuklären.

Es sei bedauerlich, dass dieses Thema eine solche eigenartige Dynamik nimmt, führte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, aus. Für ihn sei wichtig, wenn Vorwürfe öffentlich erhoben werden, dass diese aufzuklären sind. Dabei nehme wieder einmal die Stadt Schaden, wenn die Diskussion in einer Art geführt wird, dass man versucht zu bemänteln und nicht umgehend aufzuklären. Der Handball liege allen seit Jahren am Herzen und ist der größte sportliche Werbeträger nach dem Leichtathletikmeeting in dieser Stadt für unsere Sportstadt Dessau-Roßlau. Es gehört in den Rechnungsprüfungsausschuss und bedarf der schonungslosen Aufklärung, gehört aber auch in den Ausschuss, der diese Entscheidung getroffen hat. War sie nicht rechtmäßig, ist sie zu korrigieren. Diejenigen, die uns evtl. bei der Ausreichung der Unterlagen nicht vollständig informiert haben, sind zur Verantwortung zu ziehen. Sein Wunsch ist, dass der Handball aus der Situation eher gestärkt hervorgeht, als Schaden nimmt.

Herr Oberbürgermeister Koschig betonte, natürlich werde der Rechnungsprüfungsausschuss damit betraut. Er werde auch über die amtierende Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes sofort veranlassen, dass es auf die Tagesordnung kommt und die uns zur Verfügung stehenden Unterlagen bereitstehen.

Als Mitglied des Haupt- und Personalausschusses, der an den fraglichen Sitzungen teilgenommen und die Beschlüsse auch gern mitgetragen habe, erklärte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus seiner Erinnerung lagen keine zwei Gläubigerlisten vor und man hatte einen „Vorratsbeschluss“ gefasst, wo als Voraussetzung gestellt war, dass die anderen Gläubiger des Vereins einer Schuldenbereinigung zustimmen. Dies sei den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses dann so auch mitgeteilt worden. Weiterhin habe Herr Otto den Verein dort vertreten und Herr Dr. Weber appellierte, es endlich aufzuklären.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, antwortete auf den Vorwurf von Herrn Otto bezüglich Herrn Jüngling. Die Ermittlungstätigkeit von Herrn Jüngling ist völlig unabhängig von jeglicher Parteizugehörigkeit. Er ist im Rahmen der Fraktionssitzungen in keiner Weise informiert worden. Der Vorwurf werde strikt abgewiesen.

Eine positive Berichterstattung machte **Herr Beigeordneter Hantusch** bezüglich der Muldebrücke. Nachdem in den vergangenen Monaten ein Einspruch eines Bieters dazu geführt habe, dass die Vergabe neu gestartet werden musste, konnte der Zuschlag am letzten Montag an ein Unternehmen, leider nicht aus Dessau-Roßlau, erteilt werden. Es wurde dokumentiert, wie die Dezernate II und VI und auch die Planer diese Vergabe beurteilt haben, dass dieses Verfahren ausgesprochen komplex ist und es uns geholfen hat, dass wir ein sehr versiertes Rechtsanwaltsbüro aus Berlin an der Seite hatten und letztendlich auch die Vergabe sicher durchführen konnten.

Am 28.4. erfolgte die rechtskräftige Zuschlagserteilung für das Los 3, den Straßen- und Brückenbau, einschließlich Umfahrung und Leitungsumlegung. Der Auftragnehmer ist Bickhardt Bau AG Stahl- und Brückenbau Niesky, beide aus Kirchheim. Der Baubeginn für Los 3 wurde vertraglich für den 19.05.2014, das Bauende für den 14.05.2016 vereinbart. Am 20.10.2014 ist die Verkehrsfreigabe Behelfsbrücke mit Umfahrung im termingemäß geplanten Bauablauf.

Herr Hantusch versicherte, dass keiner der am Vergabeverfahren beteiligten Mitarbeiter fahrlässig gehandelt habe. Manchmal sei es eine Frage der Bewertung und man habe wie gesagt, ausführlich dargelegt, wie es dazu gekommen ist. Er spreche deshalb allen Beteiligten des Dezernates VI, des Dezernates II, insbesondere auch an das federführende Tiefbauamt für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Herr Mau, CDU-Fraktion, ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass Herr Hantusch vergessen habe, dass zum zweiten Mal bei der Ausschreibung einheimische Unternehmen, die mittlerweile Kurzarbeit angemeldet haben, keine vordere Platzierung erreicht haben. Aus diesem Grunde beantrage er als Stadtrat die Akteneinsicht, wie das Vergabeverfahren durchgeführt worden ist.

In den Ausschüssen, insbesondere dem Bauausschuss wurde eingehend erläutert, wie ein solches Verfahren abläuft, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch.** Man habe hier überhaupt keine Möglichkeit, wenn es einmal angestoßen ist, irgendetwas zu ändern. Man würde sich sofort angreifbar machen und Schadenersatzforderungen auslösen. Die Möglichkeit, ob Akteneinsicht genommen werden kann, werde geprüft, ansonsten könne das Verfahren nochmals erläutert werden.

Als Stadtrat und Vertreter der Bürgerschaft habe er das Recht auf Akteneinsicht, betonte **Herr Mau.** Dies könne ihm nicht verwehrt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, es als äußerst unzweckmäßig anzusehen, solche Konfrontationen neu anzustoßen. Man müsse auch einmal sagen, dass es am Ende des ersten Verfahrens durch Indiskretion und Begleitung von Leuten mit Insiderkenntnissen dazu geführt hat, dass es zu dieser Aufhebung der Ausschreibung gekommen ist. De facto sei es sicherlich bitter, wenn lokale Unternehmen nicht zum Zuge kommen, wenn es aber objektiv bei einer klaren Betrachtung zu einem solchen Ergebnis kommt, gebührt es die Fairness, Entscheidungen zu akzeptieren. Stelle man es jetzt dem Grunde nach wieder in Frage, sei man möglicherweise wieder am Anfang. Wer so etwas mache, nutze dieser Stadt nicht.

Er wisse nicht, ob er bedauern soll, hier diese Mitteilung gegeben zu haben, stellte **Herr Hantusch** fest. Es gehe wieder los, dass alles zerredet und in Frage gestellt wird. Eigentlich wollte er einen positiven Meilenstein setzen mit dem Blick nach vorn.

Der Saarländische Schwesternverband habe nach längerer Standortsuche und Klärung einen Standort in der Feldstraße bekommen, erinnerte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion.** Im Herbst sei die Bodenplatte gelegt worden, seit Monaten tue sich aber an der Feldstraße nichts mehr. Diesbezüglich stürmen die Roßlauer mit Fragen auf uns ein. Er habe in der letzten Sitzung des Bauausschusses diese Frage gestellt, welche bis heute nicht beantwortet worden ist.

In seiner Dienstberatung sei intensiv darüber gesprochen und festgelegt worden, dass Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, in der nächsten Sitzung des Bauausschusses dieses Vorhaben und wie es weitergeht erläutert, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch.**

Herr Ehm, CDU-Fraktion, verwies an Herrn Hantusch gerichtet darauf, dass er in erster Position Dezernent für Wirtschaftsförderung ist und damit die Wirtschaft der

Stadt Dessau-Roßlau fördern soll und nicht die in Hessen. In diesem Zusammenhang verweise er auf das Angebot des Dessauer Unternehmens „Stahlbau Dessau“, welches derzeit in Kurzarbeit ist. Dieses sei fachlich kompetent wie kein anderes Unternehmen, was Autobahnbrücken bis in den Allgäu baut und hier zu Hause Schwierigkeiten hat. Natürlich habe Herr Hantusch nach Recht und Gesetz gehandelt, aber ob das am Ende klug und richtig für die Stadt Dessau war, sei fraglich.

Darauf wolle er reagieren, erklärte **Herr Hantusch**, worauf **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, den Einwand erhob, dass der Tagesordnungspunkt Anfragen und Informationen heißt und nicht Diskussionen. Nach jedem zweiten Beitrag wolle Herr Hantusch antworten.

Er wolle nicht diskutieren, sondern gebe Fachbeiträge, entgegnete **Herr Hantusch**. Wenn der Vorsitzende des Stadtrates beim Aufruf ein Vergabeverfahren zu manipulieren applaudiert, finde er das ausgesprochen bemerkenswert. Man müsse wissen, dass solche Verfahren ausgesprochen strukturiert stattfinden. Wenn das einmal festgelegt wurde, bestehen keine Änderungsmöglichkeiten im Verfahren. An Herrn Ehm gewandt stellte Herr Hantusch fest, wenn man das tue, bekomme man die Muldebrücke nie. Es wurde jetzt ein Verfahren gewählt, ein Bewertungsverfahren mit abgeschlossen und es im Fachausschuss diskutiert. Vielleicht sollte man auch einmal in den Fachausschuss gehen. Es könne nicht in ein Verfahren eingegriffen werden, ohne sich angreifbar zu machen von den anderen Bietern, der Vergabekammer oder von der Staatsanwaltschaft, was gerade seine Partei wissen müsste.

Herr Oberbürgermeister Koschig bat die Stadträte, die nicht Mitglied im Bauausschuss sind, sich die Unterlagen heranzuziehen. Dann könne das gesamte strukturierte Verfahren nachvollzogen werden. Die Zuschlagsvergabe durch den Bauausschuss sei transparent dargestellt.

Herr Ehm habe bestimmt nicht gemeint, was er gesagt hat, stellte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, fest, denn er war selbst einmal Dezernent in dieser Stadt. Er solle bedenken, welches Bild er mit diesem Spruch abgegeben hat.

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates geschlossen.

7 Beschlussfassungen

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies zunächst auf eine ausgereichte Resolution, worüber kein Beschluss gefasst werden könne, aber eine Willensbekundung geäußert werden könne. Der Oberbürgermeister hat im Zuge seines Berichtes in die Thematik ausreichend eingeführt. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Problematik strittig ist.

Die Willensbekundung wurde mehrheitlich abgegeben (36:00:03).

7.1 Zulassung der Bewerberinnen und Bewerber für die Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau im Jahr 2014 Vorlage: BV/102/2014/V-StR

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die im Stadtrat anwesenden Bewerber Herrn Koschig und ihn selbst. Man könnte über eine Befangenheit nachdenken, weshalb er für diesen Tagesordnungspunkt die Leitung der Sitzung an den 1. Stellvertreter, Herrn Hoffmann übergebe.

Herr Hoffmann verwies zunächst darauf, dass der Beschlusspunkt 2 der Vorlage entfallen kann, weil es keinen Bedarf gibt, eine Bewerbung abzulehnen. Er verwies darauf, dass noch der Kandidat Jacob Uwe Weber im Raum ist. Nach Zustimmung der Stadträte, dass die Bewerber bekannt sind, brachte Herr Hoffmann die Vorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

7.2 Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau - Stellungnahmen und Beratung

Die Tagesordnungspunkte 7.2.1 und 7.2.2 wurden gemeinsam behandelt.

Die Einleitung in die Beratung zu den Tagesordnungspunkten der Beschlussfassung zum Haushalt und zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2014 gab **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**.

Sie führte wie folgt aus, nunmehr liegt die auf Grund der Ergebnisse der Haushaltsberatungen geänderte Fassung des Haushaltsplanes für das Jahr 2014 vor. Er ist nicht mehr wie im Vorjahr 2013 ausgeglichen.

Der aktuelle Entwurf für 2014 hat im Ergebnisplan

Erträge in Höhe von	203,9 Mio. EUR und
Aufwendungen in Höhe von	205,4 Mio. EUR veranschlagt.
Er weist damit ein Defizit in Höhe von	1,5 Mio. EUR aus.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen wie auch der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt insgesamt 37,1 Mio. EUR und ist ausgeglichen. Das heißt, es ist keine Kreditneuaufnahme geplant.

Vorausgegangen ist eine intensive Beratung nicht nur im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss, sondern auch in allen Fachausschüssen in insgesamt 10 Sitzungen. Die in den Beratungen der Fachausschüsse gefassten Beschlüsse bzw. gegebenen Hinweise und deren Umsetzung wurden in der abschließenden Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche beraten und die mehrheitliche Empfehlung gegeben, den Haushalt 2014 und das Konsolidierungskonzept in der vorliegenden Fassung heute zu beschließen.

An dieser Stelle ging Frau Nußbeck nur auf die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Entwurf vom 19.03.2014 ein:

- Eingearbeitet in den Ertragshaushalt wurde das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit einem Aufwuchs bei den Personalkosten.
- Darüber hinaus wurden auch die erhöhten Zuschüsse an die Eigenbetriebe Theater und DEKITA aus dem Tarifabschluss aufgenommen.
- Berücksichtigt wurde das neue Konzept des Theaters, das heute hier noch zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung steht inkl. der Beteiligung am Struktur-
anpassungsfonds in Höhe von 50 %.
- Aus der Empfehlung des Kulturausschusses wurde die Beteiligung an der Landesausstellung Lucas Cranach aufgenommen.
- Aus der Beratung des Sozialausschusses wurde die Empfehlung zur Ausfinanzierung der Suchtberatungsstellen aufgenommen.
- Aus den Beratungen des Jugendhilfeausschusses wurden die Empfehlungen zur Ausfinanzierung der vorhandenen Stellen im Fachkräfteprogramm, die Zuschussung des Projektes Raxli-Faxli sowie die Zusicherung der Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2014 berücksichtigt.
- Aus der Beratung des Bauausschusses wurden die Empfehlungen zur Aufnahme der Planungskosten für das Förderprogramm Touristisches Leitsystem, Planungsmittel für das Konzept Schadebrauerei sowie für die Entwicklung des Quartiers Flössergasse berücksichtigt.
- Darüber hinaus wurde entsprechend eines Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses die Kürzung der Zuwendungen an die Ortschaften für Vereinsförderung zurückgenommen und aus dem Konsolidierungskonzept gestrichen.
- Die übrigen Änderungen betreffen im Wesentlichen Aktualisierungen aus dem FAG.

Im Folgenden wurden die bedeutendsten Änderungen im Investitionshaushalt dargestellt:

- Neu sind die Ausstattung der Grundschule Friederikenstraße nach der Sanierung sowie der Kostenaufwuchs.
- Neu aufgenommen wurde ebenfalls der 2. Rettungsweg in der Schule Tempelhofer Straße, in der Grundschule Meinsdorf sowie in der Regenbogenschule.
- Berücksichtigt wurde auch ein Kostenaufwuchs bei der Grundschule Ziebigk.
- Aufgenommen wurden mehrere Ersatzmaßnahmen für Hochwasserschäden, deren Finanzierung allerdings zu 100 % über das Land erfolgt. Dies betrifft u. a. die Vereinsunterkunft Seesportverein Dessau e. V., das Funktionsgebäude Junkers Paddelgemeinschaft Dessau e. V. sowie den Bootsschuppen Motorbootclub Elbe Dessau.
- Aufgenommen wurde der zusätzliche Ausbau von Radwegen in der Ebertallee, dem Albrechtsplatz und der Kavallerstraße, da hier weitere Fördermittel zur Verfügung stehen.
- Und neu ist die Berücksichtigung der Maßnahme Erweiterung Parkplatz Flössergasse in 2014 und 2015.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend, beinhaltet aber die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Entwurf vom 19.03.2014.

Naturgemäß können und konnten nicht alle Wünsche und Vorschläge Berücksichtigung finden. Deshalb wurden auch erstmalig an den Haushalt 2014 die Prüfaufträge für die Folgejahre dokumentiert, die auf der letzten Seite der vorliegenden Beschlussvorlage zu finden sind. Damit ist sichergestellt, dass trotz Beendigung dieser

Wahlperiode für Stadtrat und Oberbürgermeister diese Themen nicht „unter den Tisch“ fallen.

Alles in allem liegt ein Haushalt vor, der einerseits die intensive Mitwirkung der Fachausschüsse widerspiegelt und andererseits eine wichtige Voraussetzung für weitere Entscheidungen ist.

Wie möglicherweise der Presse entnommen werden konnte, wartet das Land nunmehr auf die Positionierung der Stadt in Sachen Theater. Auch die Mitarbeiter des Theaters, die sich in beeindruckender Weise für ihr Haus solidarisch zeigen, warten nun auf die Signale des Stadtrates. Der erste Schritt ist sicher die Schaffung der haushaltsseitigen Voraussetzungen für den dann notwendigen Schritt der Bestätigung des Konzeptes insgesamt.

Frau BM Nußbeck bedankte sich für die konstruktive Atmosphäre der Haushaltsberatungen in den letzten Wochen und bat um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2014.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, dankte im Namen der Fraktion für die geleistete Sacharbeit. Auch wenn der Haushalt nicht ausgeglichen ist, sei man froh, dass das Anhaltische Theater gerettet wird.

Im Namen der CDU-Fraktion stellte er folgenden **Änderungsantrag**:

Die in der Änderungsliste zum Haushalt, Anlage 4 (beantragt und nicht aufgenommen) unter dem Produkt Ortschaften **11112 Gebietsangelegenheiten**

- | | |
|--|-------------------|
| - Produktkonto 5211000 bauliche Unterhaltung | 4.600,00 € |
| - Produktkonto 5255000 Ausstattung der Ortschaftsräte | 2.500,00 € |
| zusammen: | 7.100,00 € |

werden im Haushalt 2014 zusätzlich auf den genannten Konten **eingestellt**.

Als Gegenfinanzierung werden Wenigerausgaben, also Reduzierung des Haushaltsansatzes um den gleichen Betrag von 7.100 € im Produkt 54400 Bundesstraßen, Konto 5241042 Winterdienst/Straßenreinigung vorgeschlagen. Auf dem genannten Konto wurden 2012 im Rechnungsergebnis 52.752 € eingesetzt. Im Plan 2013 mussten aufgrund des starken Winters mehr eingestellt werden (Planansatz 212.000 €). Für den Ansatz 2014 sind ebenfalls die 212.000 € übernommen worden. Da der Winter Anfang 2014 bisher nicht so stark war auch nur noch 2 Monate ausstehen, werde das Konto nicht mehr so stark belastet und der Ansatz um 7.100,00 € reduziert werden können.

Als Vorsitzender des Finanzausschusses bedankte sich **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, für die konstruktive Arbeit am Haushalt 2014. Bei der Aufstellung der Terminabfolge hatte er ernsthafte Bedenken, dass es vor dem Hintergrund der anstehenden Probleme, die sich abzeichnenden Tarifabschlüsse und die Problematik der Theaterfinanzierung, in dieser Zeit tatsächlich zu schaffen ist. Dass dieser Haushalt so aufgestellt werden konnte, auch wenn er mit einem Defizit versehen ist, sei zum großen Teil der Tatsache geschuldet, dass unter Leitung des Dezernates II die Klage gegen das FAG erfolgreich geführt wurde und wir dementsprechend höhere Haushaltsmittel zur Verfügung und einen gewissen Spielraum haben. Dafür müsse man danken und Hochachtung an Frau Nußbeck und die Kämmerin, Frau Wirth, aussprechen. Hinsichtlich des Defizites, welches gemessen am Gesamthaushalt überschaubar ist, sei er optimistisch, es im laufenden Haushalt auch kompensie-

ren zu können. Er hoffe, dass das Land dem Konzept zum Anhaltischen Theater folgt und die zugesagten finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, wie wir sie zur Grundlage unserer Planung gemacht haben und davon nicht zum Nachteil der Stadt noch einmal abweicht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, bei der Einbringung des Haushaltes 2014 wurde ein ausgeglichener Haushalt signalisiert. Jetzt bestehe ein Defizit von 1,5 Mio. €, was in jedem Fall in Zeiten der Konsolidierung, aus der man nicht heraus sei, ein ernstzunehmender Anspruch sei, diese Summe aufzubringen.

Der Fraktion fehlte im Zuge der Diskussion der Ansatz zur Eröffnungsbilanz der Stadt bezüglich der Doppik, welche auch heute noch fehle. Seitens des Dezernates wurde nicht genügend personelle Kapazität signalisiert. Er denke 2014 soweit zu sein, dass diese Hürde gemeistert sein werde. Weiterhin fehlte der Ansatz der Abrechnung 2013.

In den Fachausschüssen wurden die Produkte diskutiert, was eine neue und gute Erfahrung war. An manchen Stellen war die Begleitung durch die Fraktionen im Detail nicht so, wie man sich das als Fraktion vorgestellt hatte. Gut vorbereitet waren aber die Dezernate in der Präsentation ihrer Haushalte. Es war transparent, nachvollziehbar und die gegebenen Antworten waren eindeutig und klar. Insofern war die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ausschüsse und der Verwaltung gegeben. Deshalb sage er Danke an die Dezernate, an den Stadtrat, vor allem an die Fraktionskollegen, die sich die Mühe gemacht haben, die 10 Ausschusssitzungen zu besuchen.

Zum Jahr 2013 bat er Frau Nußbeck noch um Klarstellung zu einigen Zahlen. Die Fraktion Die Linke habe im Rahmen der Diskussion ca. 15 Anträge gestellt, einige davon sind an die Verwaltung als Prüfaufträge gegangen. Als Beispiele nannte er die Aufstockung der für die Traditionspflege in den Ortschaftsräten, das Projekt des Kiezes Raxli/Faxli, das Schließen der Deckungslücke im Bereich der Suchtberatungsstelle Amt 1 und Aufnahme von weiteren 3 Radwegen in den Investitionsplan.

Im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Zielstellung neue Zweifeldsperthalle für das Gropiusgymnasium, Antrag der CDU, wurde die Haushaltsstelle eingerichtet für die möglichen Planungen. Änderungsanträge wurden auch gestellt und sind insbesondere für die kommenden Jahre wichtig. Ein Schwerpunkt für die Zukunft ist der erhebliche Sanierungsbedarf in den Kindertagesstätten, Handlungsbedarf werde im Bereich des Straßenunterhalts und u. a. bei dem Projekt Bürgerhaushalt sind Schulungsmöglichkeiten zu tätigen, um zukünftig auch qualifizierte Bürger in die Haushaltsberatungen mit einzubeziehen. Für das Jahr 2015 und darüber hinaus wünsche man sich die Sicherung der Stellen im Bereich der Schulsozialarbeiter. In einen Prüfauftrag der Fraktion Die Linke mündete die Problematik, die Bildungsstelle im AJZ in den Bereich Kultur als Fachkräfteübernahme zu geben, um damit die gute Arbeit der Kollegin, die dort agiert, fortsetzen zu können.

Abschließend merkte **Herr Schönemann** an, die Fraktion werde erstmalig seit Existieren des aktuellen Konsolidierungskonzeptes diesem zustimmen. Es werde ihr allerdings die Ablehnung der vergangenen Jahre in folgendem Zusammenhang bestätigt. Das Theater betreffend hatte die Fraktion damals davor gewarnt, diesen abenteuerlichen Zug zu vollziehen, schon einmal einzusparen, bevor man ein Konzept hatte. Wir haben gemerkt, wie schwierig es ist und hoffen, dass das Angebot von Personal und Theaterleitung in Kooperation mit Stadtverwaltung und Stadtrat heute vom Konzept her seine Mehrheit und von der Landesregierung die nötige Akzeptanz

erhält. Für die Zukunft mahnte er, klare Konzepte zu haben, wenn es darum geht, strukturell einzugreifen, bevor man sich auf Wege begibt, die man an manchen Stellen nicht selbst bestimmen kann. Die Landesregierung habe uns an manchen Stellen vorgeführt, was der Vergangenheit angehören müsse.

Frau Dammann, FDP-Fraktion und Ortsbürgermeisterin, legte im Auftrag des Ortschaftsrates Dessau-Mosigkau dar, dass die Starkregenfälle der letzten Jahre in Dessau-Mosigkau beachtliche Schäden verursachten. Zur Rückhaltung von Oberflächenwasser wurden Maßnahmevorschläge zur Entschlammung des neuen Teiches sowie die Schaffung eines Hochwasserentlasters am Auslauf des neuen Teiches aufgezeigt. Er soll als Retentionsbecken dienen. Die weitere Planung und Realisierung dieser Maßnahmen werden im Rahmen einer fortführenden Förderung über Vernässungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt bereitgestellt. Die gegenwärtige Haushaltslage der Stadt Dessau-Roßlau lässt eine Bereitstellung der Eigenmittel nicht vor 2017 zu. Das Ingenieurbüro Macke hat bei seinen Untersuchungen die Dringlichkeit dieser Maßnahmen betont.

Um Schäden von Dessau-Mosigkau abzuwenden, stellt der Ortschaftsrat Dessau-Mosigkau den **Antrag**, die Eigenmittel noch im Jahr 2014, spätestens 2015 einzustellen.

Herr Weber, Mandat der CDU, schätzte ein, dass die Verwaltung und der Stadtrat alle Jahre die Haushaltsberatung ganz eng und gut miteinander abgeschlossen haben. Obwohl er durch die von ihm selbst verursachte Fraktionslosigkeit nicht mehr offiziell in den Haushaltsausschusssitzungen dabei sein konnte, habe er aber trotzdem teilgenommen.

Der Haushalt, der nach Meinung von Frau Nußbeck und Frau Wirth und nach der Vorlage nicht ausgeglichen ist, sei seiner Meinung nach aber bei weitem ausgeglichen, wenn man folgenden Ansatz bedenkt. Der Jahresabschluss 2012 liege bereits vor. Herr Weber habe alle Haushaltsansätze des Haushaltsplanes 2014 durchgesehen, wo man eine Abweichung der Haushaltsansätze von mehr als 100.000 € zwischen dem Vergleich Jahresabschluss 2012 und Jahresansatz 2014 habe. Wenn wir bei den Ansätzen, die um mehr als 100.000 € voneinander abweichen, nur 20 % nehmen, also 80 % den Aufwuchs bestehen lassen, ergeben sich allein schon bei ganz normalen Dingen 1.330.200,00 €, die ja Frau Nußbeck schon immer als Puffer eingebaut hat. Wir haben ja auch immer diesen ausgeglichenen und gut abgeschlossenen Haushalt hinterher bekommen. Herr Rumpf habe für den Antrag bezüglich der Ortschaftsräte nur den Winterdienst genommen, wo klar sei, dass der Haushaltsansatz 2014 von 212.000 € nicht mehr verbraucht werde.

Ähnlich ist das bei dem, was er seit 10 Jahren predige, dass es nicht angehen könne, dass wir bei Land- und Forstwirtschaft jedes Jahr Tausende dazu zahlen. Seit 2012 ist ein Plus bei Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet, auch das sei lobend zu erwähnen, die Stadtverwaltung hat es geschafft, auch diese Defizitbereiche wegzubringen. D. h. aber auch umgekehrt, auch da stehen 126 T€ als Minus geschrieben bei der Landwirtschaft, in Wirklichkeit ist es aber schon 2012 ein Plus von 8.700 € gewesen. So könne sich für viele gestellte Anträge, wie das von der Feuerwehr Mühlstedt beantragte neue Feuerwehrhaus, der Ortschaftsrat hat es beantragt, bei diesem Haushalt das Geld finden lassen.

Um Klarstellung bat weiter Herr Weber, wo die Sachverständigenkosten im Konto 529 sichtbar gemacht sind. Sie haben die Produktnummern 5271300 und 5431514

das ist beim Unternehmerforum und stehe doppelt im Haushalt. Der Biopharmapark stehe in den Investitionsmaßnahmen doppelt.

Nach wie vor sei **Herr Weber** unzufrieden darüber, dass wir in Sachen Theater immer noch nicht klagen, denn er sei der Meinung, dass die Millionen aus der Theaterstiftung, aus der Verpachtung der Grundstücke, unserem Theater zustehen und solange das Land dieses Geld nicht hergibt, müssen wir dranbleiben und klagen. Das stehe unserem Theater und der Stadt Dessau zu, oder das Land müsse wieder ihre alten Kosten übernehmen.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, dankte im Namen seiner Fraktion Frau Nußbeck und ihren Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Seine Fraktion finde sich im größten Teil dieser gesamten Haushaltsansätze wieder. Er verweise darauf, man unterliege nach wie vor diesen Vorschriften von STARK, dem Entschuldungsprogramm, dem man sich unterworfen habe. Hier sollte man dranbleiben und er hoffe, dass der zukünftige Stadtrat mit diesem Haushalt und dem Konsolidierungskonzept eine vernünftige Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre hat.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, verwies auf ein Problem, welches die CDU-Fraktion nach wie vor habe. Im Haushaltsausschuss habe man sich bei dieser Abstimmung ausnahmsweise enthalten und zwar gehe es um das Vorziehen der Verkehrsberuhigung der Kavallerstraße vor die zweite Muldebrücke und die Nordumgehung. Das werde nach wie vor für einen Fehler gehalten, weil es zu Problemen in der Stadt führen werde, die man in der letzten Zeit schon erlebt habe. Trotzdem werde dem Gesamthaushalt zugestimmt.

Er habe sich jahrelang intensiv um den Haushalt kümmern müssen, was er in diesem Jahr nur punktuell im Ausschuss getan habe, legte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dar. Wenn die Aussage von Herrn Weber richtig ist, es seien viele Dinge doppelt enthalten, habe er Probleme, weshalb er von Frau Nußbeck diesbezügliche Aussagen erbitte.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck ging zunächst auf die Anfrage von Herrn Schönmann bezüglich des Jahresabschlusses 2013 ein. Sie bestätigte, dass zunächst ein rechnerischer Überschuss von 23 Mio. € ausgewiesen war. Nach der Restebereinigung und den Abschlussarbeiten bleiben rund 6 Mio. € übrig. Wir haben Soll-/Fehlbeträge aus Vorjahren, was der Kassenkredit ist und das Minus aus dem kammerealen Haushalt von etwa 29 Mio. €. Gegen diese Soll-/Fehlbeträge aus Vorjahren werden die Überschüsse solange gebucht, bis sie aufgebraucht sind. Erst dann habe man echte Überschüsse.

Doppeleinstellungen, erklärte Frau Nußbeck, seien garantiert nicht im Haushalt enthalten. Bei so einem knappen Haushalt plane man nicht einmal aus Versehen etwas doppelt.

Frau Wirth, Leiterin der Kämmerei, ergänzte, sie gehe davon aus, dass Herr Weber meine, dass manche Vorhaben sowohl im Haushaltsjahr 2013 als auch im Haushaltsjahr 2014 geplant sind. Das passiere immer dann, wenn die Gelder in 2013 nicht abfließen und sie im Folgejahr erneut bereitgestellt werden müssen. Erklärend benannte **Herr Weber** am Beispiel des Produktes 5271300, was das Unternehmerforum sei, was im Haushalt des Herrn Hantusch eingestellt ist. Das stehe im gleichen Haushalt noch einmal unter der Produktnummer 5431514. Der Biopharmapark ist auf

den Seiten 98 und 99 des Investitionsprogramms ebenfalls zweimal drin. Er unterstelle dabei nicht, dass das summarisch am Ende auch doppelt steht. **Frau Wirth** verwies auf die Seite 1164 des Haushaltes, wo sie keine doppelte Veranlagung erkennen könne. Natürlich habe man das Unternehmerforum im Ergebnis 2012 in dem Produkt 5431514 ausgewiesen und das erscheine im Folgejahr entsprechend in dem Produkt 5271300. Aber es sei nicht doppelt drin, sondern es wurde aus statistischen Gründen umgruppiert.

Der Biopharmapark stehe tatsächlich auf der Seite 98 und 99, bestätigte **Frau Nußbeck**. Es sei aber nur der Vorbericht, im Haushalt ist es nicht doppelt drin. Aber in der Tabelle wurde er tatsächlich zweimal ausgewiesen, was ein Fehler sei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, schlug vor, zur Abstimmung zu kommen mit dem Vorbehalt, dass diese Problematik geklärt und die Stadträte bis zur nächsten Sitzung eine Information erhalten.

Aufgrund des Einspruchs von Herrn Weber erfolgte eine direkte Klärung zwischen Frau Wirth und ihm und **Herr Weber** bestätigte im Anschluss, dass es das Unternehmerforum nur noch an einer Stelle des Haushaltes gibt.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die vorliegenden **Änderungsanträge**.

- In dem von Herrn Rumpf vorgetragenen Änderungsantrag gehe es im Prinzip darum, 7.100 € aus ersparten Kosten des Winterdienstes in Richtung Ortschaftsräte umzugruppieren. **Herr Schöнемann** erklärte, die Fraktion trete diesem Antrag bei.

Der **Änderungsantrag** wurde **angenommen** (35:00:03).

- Bezüglich des Änderungsantrages von Frau Dammann zu den Kosten zum Ausgleich von Rückhaltung von Oberflächenwasser und die Einstellung von entsprechenden Eigenmitteln bis spätestens 2015, verwies Herr Dr. Exner darauf, dass es um Kosten von insgesamt 400 T€ gehe und der Fördermittelbescheid noch nicht da ist. Die Anregung wäre, diesen **Antrag im Protokoll als Prüfauftrag für 2015 festzuhalten**.

Mit dieser Verfahrensweise erklärte sich Frau Dammann einverstanden.

7.2.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2014 und Folgejahre **Vorlage: BV/058/2014/II-20**

Das Haushaltskonsolidierungskonzept wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

7.2.2 Haushaltssatzung 2014, Haushaltsplan 2014, Stellenplan 2014 **Vorlage: BV/059/2014/II-20**

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

7.3 Konzept für das Anhaltische Theater Dessau ab dem Jahr 2014 Vorlage: BV/108/2014/I-OB

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verwies auf die stattgefundenen intensiven Beratungen zu dem alternativen Konzept der Theaterleitung. In mehreren Sonderausschüssen wurde die Konzeptidee bis hin zum Konzept beraten. Sie ging auf die wesentlichen Vorteile gegenüber dem bisherigen Vorschlag und auf den weiteren Umgang ein.

1. Das vorliegende Konzept erhält 4 Sparten am Haus, wenn auch Ballett und Schauspiel in verkleinerter Form.
2. Es erspart betriebsbedingte Kündigungen und ermöglicht dennoch einen Stellenabbau und zwar
3. in derselben rechnerischen Höhe von insgesamt 80 Stellen, wie bei dem anderen Konzept Musiktheater
4. Es ist finanziell günstiger als das Musiktheaterkonzept, weil es einen nicht so hohen Strukturanpassungsfonds benötigt, da die Kosten für Abfindungen erspart werden und die Kosten für den Ausstieg aus dem Haustarifvertrag durch das Angebot der Mitarbeiter zu über 95 % auf Teilzeit 90 % zu gehen, kompensiert wird.

Nach heutiger Beschlussfassung ist der nächste Schritt, dass die Mitarbeiter ihre Änderungsverträge spätestens bis zum 31.05.2014, insgesamt 95 %, unterschrieben haben sollen. Danach wolle sich das Land zu diesem Vorschlag befinden. Es müsse spätestens bis zum 18.06.2014 gelingen, hierzu eine Entscheidung vom Land zu haben, um dann in der letzten Stadtratssitzung über einen Zuwendungsvertrag zu beschließen, damit die Finanzierung auch von Landesseite gesichert wird. Bisher gehen wir als alleiniger Träger in die Vorfinanzierung. Für die Förderperiode 2009 bis 2013 hat die Stadt insgesamt laufende Zuwendungen von 36,8 Mio. € an das Theater geleistet. Für den kommenden Zeitraum 5 Jahre sind nunmehr 47,1 Mio. € geplant, was 10,3 Mio. € mehr sind, die die Stadt als Träger übernimmt.

Herr Weber, CDU-Fraktion, erklärte froh zu sein, dass vor allem die Kolleginnen und Kollegen des Anhaltischen Theaters diese Vorlage möglich gemacht haben. Trotzdem könne er dieser Vorlage nicht zustimmen, weil das Land uns auf fürchterliche Weise verraten hat. Sie haben sich das Geld dieses Theaters eingesteckt, sprich die Stiftung. Es ist ein Staatstheater. Dieser Status sollte durch eine Klage festgestellt werden. Aus Respekt vor dem, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Theaters jetzt anbieten und was Frau Nußbeck mit viel Mühe in Beratungen mit dem Land erreicht hat, werde er nicht gegen diese Vorlage stimmen. Das Land tue bitteres Unrecht, eine Kulturlosigkeit die zum Himmel schreit.

Dem Dank an die Mitwirkenden schließe er sich an, bemerkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Die Stadträte seien froh, diesen Lösungsvorschlag zu haben. Er wolle das aber nicht dem Selbstlauf überlassen. Das Thema Staatstheater sollte nach der Kommunalwahl, wenn der Theatervertrag da ist, noch einmal diskutiert und überlegt werden, ob es Sinn macht, gegen das Land vorzugehen, oder auf andere Mehrheitsverhältnisse im Land zu warten. Es sollte aber nicht auf die Zustimmung des Kultus- und Finanzministeriums gewartet werden, sondern er fordere den Oberbürgermeister auf, zusammen mit den 4 Landtagsabgeordneten dieses Wahlkreises, wozu auch der Ministerpräsident gehöre, einen kurzfristigen Termin mit dem Kultus-

und Finanzminister zu vereinbaren. Wenn er nachweist, dass das nicht zustande kam, weil sie gemauert haben, wolle er sich diesem Schicksal ergeben, aber den Versuch fordere er ein.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, dieses Ergebnis war nur möglich aufgrund der Geschlossenheit von künstlerischer Leitung und des Personals im Theater, natürlich in Kooperation mit der Verwaltung und dem Stadtrat. Es sei nur eine Bestätigung des Konzeptes möglich. Die Leute des Theaters tragen die Hauptlast. Es müsse alles dafür getan werden, um 2016 andere Mehrheitsverhältnisse im Land zu haben, damit aus dem kleinen 4-Spartenhaus ein solides Theater zu machen in der Richtung, dass sich gute Arbeit auch für die Mitarbeiter des Anhaltischen Theaters wieder lohnt.

Auf die Ausführungen von Herrn Otto eingehend, führte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtates**, aus, dass es an ihm nicht scheitern soll. Es wurde immer, was auch Herr Bückner und der Kulturleiter aus der Landtagesfraktion Herr Gebhardt bestätigen können, an dieser Problematik gearbeitet und jede Information in Aktionen eingeflossen sind, um zu kommunizieren, dass es andere Möglichkeiten gibt. Er habe heute an einem Forum mit Künstlern und Kulturschaffenden in Halle teilgenommen, die mit viel Respekt und Achtung auf das, was die Belegschaft des Anhaltischen Theaters anbietet, schauen, manchmal auch mit Neid, weil solche Dinge nicht überall möglich sind, was auch an der rechtlichen Struktur liege. Er habe ein Gespräch mit Herrn Dorgerloh geführt, was frustrierend und wenig Kultur interessierend war. Das Konzept sei eine Chance, in absehbarer Zeit mit politisch anderen Mehrheiten eine andere Weichenstellung zu machen, wofür er bereitstehe.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bemerkte, vieles was heute gesagt wurde und was die Theaterschaffenden und die Angestellten vom Anhaltischen Theater jetzt hinbekommen haben, bekomme man auch in Magdeburg hin. Er sehe das nicht so negativ. Wie Herr Otto schon ausführte, solle die Verwaltungsspitze den Kontakt aufnehmen, wo auch die Fraktionen gefragt sind, noch einmal einen Termin zu machen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

7.4 Wirtschaftsplan 2014 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau Vorlage: BV/011/2014/I-ATD

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.5 Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/074/2014/II-37

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.6 Angemessene Kosten der Unterkunft nach SGB II und XII **Vorlage: BV/073/2014/V-50**

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, stellte bezüglich des Satzes auf der Seite 11: „Weiterhin wird üblicherweise bei dieser Bedarfsrechnung eine Marge von 10 % der Haushalte als Niedrigeinkommensempfänger angesetzt“ die Frage, was bei den 10 % zugrunde gelegt wurde.

Er werde das Institut, welches die Studien erstellt hat, befragen und dann eine entsprechende Antwort zukommen lassen, entgegnete **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf eine grammatikalische Richtigstellung im Beschlusspunkt 2 der Vorlage. Es hieß vorher falsch „...an der gesetzlichen Regelung“, richtig heißen muss es „...an die gesetzliche Regelung“.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:00:08

7.7 Deckungskreis 5919 Unterhaltung der Straßen **- überplanmäßige Aufwendung** **Vorlage: BV/055/2014/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.8 Öffentliche Versammlung zur Vorstellung der Oberbürgermeisterkandidaten in der Elbe-Rosell-Halle **Vorlage: BV/101/2014/StR**

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, führte als Einreicher der Vorlage aus, dass die zum Auftakt des Wahlkampfes am 2. April durch die Dessauer Wirtschaftsunioren durchgeführte öffentliche Präsentation der Oberbürgermeisterkandidaten in der Aula des Bauhauses dem Ansturm der Besucher nicht gewachsen war. 200 Bürger durften hinein und geschätzte 500 blieben ausgesperrt. Der organisatorische Missgriff der Dessauer Wirtschaftsunioren war sehr unschön, zeigt aber deutlich, dass ein großes Interesse der Bürger besteht, die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters zu hören und zu sehen.

Da auch er am 2. April zu den Ausgesperrten gehörte, erkundigte er sich am nächsten Tag beim Stadtwahlleiter nach der Planung der Stadtverwaltung. Er musste erfahren, dass die Verwaltungsspitze angewiesen hat, nur eine öffentliche Versammlung durchzuführen, am 7. Mai in der Marienkirche im Stadtteil Dessau. Schon mit der Durchführung einer einzigen öffentlichen Versammlung zu dem Sachverhalt erfüllt die Stadtverwaltung ihre Pflicht. Damit werde man aber dem rekordverdächtigen Interesse der Dessau-Roßlauer Bürgerschaft nicht gerecht. Vom Stadtrat sollte nicht zugelassen werden, dass der noch amtierende Oberbürgermeister damit die Chancen der Mitbewerber schmälert und die eigenen befördert. Aus diesem Grund habe er als Stadtrat Dreibrodt schon am 7. April 2014 den vorliegenden Beschlussantrag,

auch im Stadtteil Roßlau eine öffentliche Versammlung durchzuführen, form- und fristgemäß für die heutige Sitzung eingebracht. Mittlerweile konnte er auch seine Fraktionskollegen davon überzeugen, diesen Antrag mitzutragen, was er auch von den anderen Stadträten erhoffte. Bezüglich eines Zwischenrufes von Herrn Hartmann, bestätigte Herr Dreibrodt, nicht erwähnt zu haben, dass Herr Hartmann bei der Fraktionssitzung nicht anwesend war.

Die Beschlussvorlage benennt die Roßlauer „Elbe-Rossel-Halle“ als Ort für die Durchführung der zusätzlichen öffentlichen Versammlung, fuhr Herr Dreibrodt fort. Das stehe aber im Widerspruch zu der für Dessau-Roßlau geltenden Sportstätten-satzung. Dieser Umstand veranlasse ihn, nach Abwägung aller kurzfristig möglichen Lösungen für diesen Konflikt eine Änderung der Beschlussvorlage vorzunehmen.

Der **Titel der Beschlussvorlage** soll heißen:

Öffentliche Versammlung zur Vorstellung der Oberbürgermeisterkandidaten im Stadtteil Roßlau.

Der **Beschlussvorschlag** soll heißen:

Der Stadtrat Dessau-Roßlau beschließt die Durchführung einer öffentlichen Versammlung zur Vorstellung der Oberbürgermeisterkandidaten anlässlich der Oberbürgermeisterwahl 2014 im Stadtteil Roßlau.

Wo der Oberbürgermeister diese Veranstaltung organisiert, bleibe ihm überlassen. Ob er das ehemalige Rathaus in Roßlau aktiviert, die Endmontagehalle im ehemaligen Elbewerk oder eine der beiden Kirchen in Roßlau nutzt, bleibe ihm überlassen.

In dem Zusammenhang erinnerte Herr Dreibrodt daran, dass die Elbe-Rossel-Halle als Mehrzweckhalle ehemals dem Bereich Kultur zugeordnet war, was sich bewährt hatte. Mit der Städtefusion ging die Halle in das Eigentum der Doppelstadt Dessau-Roßlau über. Die Zuständigkeiten wurden aber geändert, die Mehrzweckhalle, umbenannt in „Elbe-Rossel-Halle“ dem Amt für Bildung und Sport zugeordnet. Diese Umstrukturierung sei der Halle und dem Stadtteil Roßlau aber nicht gut bekommen. Die Folge war eine sich ständig reduzierende Auslastung der Halle, sowohl in der sportlichen, aber vor allem in der kulturellen Nutzung. Aufgrund der Sportstätten-satzung können keinerlei politische Veranstaltungen in der Halle stattfinden. Dass im Stadtteil Roßlau politische Großveranstaltungen erneut und in Zukunft nur noch in der Kirche stattfinden können, dürfe nicht so bleiben, es sei auch nicht Aufgabe und Interesse der Kirche, was der Roßlauer Kreisoberpfarrer Tobies Herrn Dreibrodt bestätigte.

Deshalb sollte die Verwaltung den Prüfauftrag für die Wiedereinführung des Modells „Mehrzweckhalle“ erhalten, wie es sich vor der Fusion bestens bewährt hat. Da eine Veränderung seine Zeit brauche, müsse man momentan mit der Einschränkung der Hallennutzung durch die Sportstätten-satzung noch leben.

Herr Dreibrodt bat abschließend um Zustimmung zu dem von ihm geänderten Beschlussantrag.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, sprach sich für politische Veranstaltungen an verschiedenen Orten aus, um damit näher an die Bürger heranzukommen. Gerade im Vorfeld der Wahlen, sollte man das tun. Das habe weniger mit Roßlau zu tun, denn er könne sich das auch an anderen Stellen vorstellen, z. B. die öffentliche Vorstellung des Ortschaftsrates Kleinkühnau. Nördlich der Elbe eine solche Veranstaltung durchzuführen, befürworte er eindeutig und bitte dafür um Unterstützung.

Wenn er richtig informiert ist, sei eine Veranstaltung in der Kirche in Roßlau von Herrn Tobies geplant für den 19. Mai 2014, bemerkte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**.

Es sei Aufgabe des Stadtwahlleiters, den Oberbürgermeisterkandidaten die Gelegenheit zu geben, sich mindestens einmal der Öffentlichkeit vorzustellen, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Der Oberbürgermeister sei nach Gemeindeordnung nicht dafür verantwortlich, weshalb er dem Stadtwahlleiter da auch nicht hineinrede. Als Oberbürgermeister und Hauptverwaltungsbeamter unterstütze er ihn lediglich bei der Erfüllung seiner Aufgabe. Deshalb wurde ursprünglich vorgeschlagen, das Anhaltische Theater zu nehmen mit seinen 1100 Plätzen. Hier wären die Interessenten auch untergekommen. Das wurde rechtzeitig angemeldet, aber es sei nicht mehr möglich gewesen. Deshalb habe der Stadtwahlleiter aus seinem eigenen Antrieb, weil es seine Pflicht und Verantwortung ist, die Marienkirche in Dessau vorbereitet. Alle Verträge seien auch schon geschlossen worden. Deshalb sei man von einer anderen diskutierten Lösung abgegangen.

Allen Interessenten könne Herr Koschig aber sagen, sie müssen sich nicht sorgen, denn es gebe eine Fülle von Anfragen, zum Teil unabgestimmte Terminaufforderungen von allen möglichen gesellschaftlichen Kräften, die die Oberbürgermeisterkandidaten zu Podiumsdiskussionen einladen. Fast am jedem Abend könne man demnächst die Oberbürgermeisterkandidaten befragen und zu den verschiedensten Themen erleben.

Hinsichtlich eines Veranstaltungsortes in Roßlau wurden 2 Standorte untersucht und noch einmal eine Stellungnahme des Rechtsamtes eingeholt, ob u. U. die Elbe-Rossel-Halle für die Präsentation genutzt werden könne. Für über 400 Personen wären Sitzplätze, von der Baugenehmigung her theoretisch 999 Stehplätze vorhanden. Als Bürgerhalle werde sie auch genutzt, als Kulturhalle und bei nichtpolitischen Veranstaltungen, wie z. B. die Vorstellung des Masterplanes Bauhausstadt könne auch die Halle genutzt werden. Hier habe man aber einen Grenzbereich, der sehr stark in die politische Nutzung geht, weil die Oberbürgermeisterkandidaten ihr politisches Programm vorstellen.

Deshalb habe man sich dazu verständigt, nicht in die Elbe-Rossel-Halle zu gehen, sondern die verschärfte Sportstättenordnung dort gelten zu lassen, um uns nicht auf Glatteis zu begeben und uns einen Eintrag für einen Parteitag der NPD oder andere rechtsextreme Parteien einzuhandeln. Vor dem Oberverwaltungsgericht würde uns keine Gnade vor Recht mehr zuerkannt, denn das Verwaltungsgericht war schon drauf und dran, der DVU das Recht einzuräumen. Es würde ihnen erfolgreich gelingen, sich in die Halle hinein zu klagen.

Als Veranstaltungsort wurde die Endmontagehalle des Elbwerkes untersucht, die von der Platzkapazität her aber noch unterhalb der Marienkirche in Dessau liege. Auch bestehe ein hoher Aufwand um die Halle herzurichten und es gibt technische Anforderungen an die Beschallungstechnik und Mikrofone, obwohl uns hier das Anhaltische Theater Dessau aufgrund der Absage wegen der Tosca-Proben eine umfassende Unterstützung zugesagt hatte.

Daraufhin habe man sich an Herrn Pfarrer Tobies gewandt. Die evangelische Stadtkirche Sankt Marien habe 800 Sitzplätze. Die Infrastruktur ist schon da, es müsse kein Podium errichtet werden und man habe die Zusage des Anhaltischen Theaters, mit den Technikern die Kirche zu unterstützen.

Mit dieser öffentlich zugänglichen Veranstaltung in der Sankt Marienkirche komme man beiden Anliegen nach, einmal das große Interesse an diesen Wahlen zu befriedigen, das wir möglicherweise in der Marienkirche Dessau allein nicht befriedigen können und zum anderen, dass sich die Roßlauer schon auch in ihrem Stadtteil eine solche Veranstaltung wünschen, obwohl dies die Gemeindeordnung nicht vorschreibe. Anders war es vor 7 Jahren, hier bestanden 2 selbständige Städte, die eine Oberbürgermeisterwahl vorzubereiten hatten. Insofern musste die Stadt Roßlau eine Oberbürgermeisterkandidatenvorstellung organisieren und die Stadt Dessau ebenfalls.

Herr OB Koschig bat um Zustimmung zum vorliegenden geänderten Beschlussantrag, allerdings mit der Bitte, das Wort „öffentlich“ zu definieren. Er plädiere dafür, dass nicht der Stadtwahlleiter der Einladende ist, sondern und dazu sei der Pfarrer Tobies auch bereit, dass die Kirchengemeinde einlädt. Es gebe hierzu auch die Zustimmung des Gemeindegemeinderates. Dann könne der Gemeindegemeinderat als Hausherr bestimmen, wer eingeladen wird zur Vorstellung der Oberbürgermeisterkandidaten. Der Stadtwahlleiter ist verpflichtet, alle heute zur Wahl zugelassenen Kandidaten auch einzuladen. Insofern würde er das Wort „öffentlich“ **definieren**: Es ist eine Veranstaltung zur Vorstellung der OB-Kandidaten, die der **gesamten Öffentlichkeit zugänglich** ist. Wenn die Stadträte mit diesem Vorschlag mitgehen können, könnte er auch mit dem Wort öffentlich mitgehen.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, brachte seine Freude zum Ausdruck, dass der Oberbürgermeister sowohl seinem Änderungswunsch als auch seinem Antrag dann zustimmen könne. Es gehe ihm nicht um die Klärung, ob der Stadtwahlleiter oder der Oberbürgermeister dafür zuständig war. Eigentlich habe der Antrag eine symbolische Wirkung. Der Oberbürgermeister habe selbst in einem Interview gesagt, er kandidiere noch einmal, weil die Doppelstadt noch lange nicht da ist, wo sie hingehört und er brauche noch einmal 7 Jahre um sie dort hinzuführen. Was könne man da Besseres tun, als aus der einen öffentlichen Veranstaltung, zu der man verpflichtet ist, aus freien Stücken eine für den Stadtteil Dessau und eine für den Stadtteil Roßlau zu machen.

Vom Oberbürgermeister war vorgetragen worden, was alles organisiert ist, damit in Roßlau die Veranstaltung wie gewünscht stattfinden kann, stellte **Herr Tschammer, SPD-Fraktion**, fest. Er frage deshalb, worüber man noch abstimmen müsse.

In der Sache habe Herr Tschammer Recht, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Es gebe eine geplante Veranstaltung und es sind sich eigentlich alle einig. Er müsse als Stadtratsvorsitzender aber darauf achten, dass über Beschlussanträge entschieden wird. Auf Nachfrage erläuterte er, es gab ursprünglich einen Beschlussantrag, der sich konkret auf die Elbe-Rosenthal-Halle bezog und der nach einem berechtigten Hinweis der von Herrn Dreibrodt als Einreicher abgeändert wurde. Aus der Elbe-Rosenthal-Halle wurde eine Versammlung im Stadtteil Roßlau. Darauf hat der Oberbürgermeister konkretisierend gesagt, dass das schon mit der Kirche vereinbart wurde.

Nachdem Herr Dreibrodt auf die Abstimmung zu seiner Beschlussvorlage bestand, stellte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** nochmals den Beratungsstand dar, wonach eine Versammlung im Stadtteil Roßlau durchzuführen ist, welche tatsächlich in der Kirche stattfinden könnte. Herr Dr. Exner rief zur Stimmabgabe auf.

Der Stadtrat stimmte der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 27:05:05

Herr Oberbürgermeister Koschig verwies auf den mit Pfarrer Tobies abgestimmten Termin am 19. Mai 2014, 18.30 Uhr, in der Kirche St. Marien in Roßlau.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte auf Nachfrage, dass das jetzt die Evangelische Gemeinde in eigener Hoheit mache.

Auf die Aussage, dass die evangelische Kirche jetzt einlädt, ging Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ein und betonte, es wurde aber gerade beschlossen, dass die Oberbürgermeisterkandidaten eingeladen werden. Diese Lösung gehe jetzt nicht mehr. Es werde eine Veranstaltung in Roßlau geben, wo alle Kandidaten eingeladen werden, was nun Beschlusslage sei.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, bemerkte, beschlossen wurde die Durchführung einer öffentlichen Versammlung zur Vorstellung der Oberbürgermeisterkandidaten anlässlich der Oberbürgermeisterwahl im Stadtteil Roßlau. Es wurde nicht darüber befunden, wer einlädt. Das lasse den Spielraum zu, dass der Hausherr der Kirche die Kandidaten einlädt. Seitens der Stadt könne seit der Trennung von Staat und Kirche nicht beschlossen werden, dass die Kirche einlädt, was nun hinreichend geklärt sein dürfte.

Erneute Aufnahme des TOP:

Im Anschluss an die öffentlichen Tagesordnungspunkte der Beschlussfassung kam **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, nochmals auf die Beschlussvorlage zurück und bat um Erklärung zu der nunmehr beschlossenen Veranstaltung zur Vorstellung der OB-Kandidaten.

Herr Oberbürgermeister Koschig erklärte, dass er auf die Notwendigkeit der Klarstellung der Wortbedeutung "öffentlich" verwiesen hatte und es dazu keinen Widerspruch gab. Demnach ist „öffentlich“ so zu verstehen, dass die Veranstaltung öffentlich zugänglich, aber nicht durch den Stadtwahlleiter zu organisieren ist.

Dieser Auffassung schlossen sich der Einreicher der Vorlage sowie die anwesenden Mitglieder des Stadtrates an. Es wurde angeregt, dem Beschluss einen Protokollvermerk anzufügen.

7.9 Errichtung von Parkmöglichkeiten auf dem Marktplatz Zerbster Straße Vorlage: BV/106/2014/PDR

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erläuterte als Miteinreicher der Vorlage, dass diese in gleicher Ausprägung den Stadträten aus dem Jahr 2007 oder 2008 bekannt sein dürfte. Zwischenzeitlich wurde die Entwicklung in der Zerbster Straße beobachtet. Er verwies auf die Umbaumaßnahme mit dem Durchbruch, um die Frequenz von Kunden zu erhöhen. Bezüglich der Parkplätze in der Flössergasse sei eine weitere Vorlage für 2015 in Planung. Keine der bisherigen Maßnahmen habe eine verstärkte Kundenfrequenz in der Zerbster Straße erzielt, weshalb sich der City-

Net-Verband an die Fraktionen gewandt habe. Nachdem die Fraktion sich dazu befunden hatte, diese Eruiierung der Möglichkeiten von Kurzzeitparken in der Zerbster Straße wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, hatte man sich mit den anderen Einreichern ins Benehmen gesetzt und sich auf den nun vorliegenden Tenor geeinigt.

Es sei an der Zeit, die Strategie zu überdenken und die Möglichkeiten für die Stärkung des Standortes wenigstens zu untersuchen. Die Zerbster Straße war über Jahrhunderte eine Durchfahrtsstraße, aber die Qualität des Platzes und der Straße war immer gegeben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf das wiederholte Unterfangen, hier nach Möglichkeiten zu suchen, dem City-Net-Verband ein Stückweit entgegen zu kommen. Es bestehe eine schwierige Situation im Einzelhandel. Wenn es Möglichkeiten gibt, durch eine solche moderate Form der Begleitung des ruhenden Verkehrs Hilfe angedeihen zu lassen, sollte man das tun. Der Grundsatz, dass der Platz im maßgeblichen Sinn auch eine gewisse Funktion hat, würde damit nicht aufgeweicht, es werde strukturiert erfolgen, so dass ein Vollparken dieses Platzes nicht stattfinden werde. Mit den Interessenten sollte eine Lösung gefunden werden, die ein Miteinander ermöglicht. Es könne nicht immer wieder abgelehnt werden, nur weil das Konzept einmal beschlossen wurde. Wenn es den Händlern und der Belebung des Platzes hilft, sollte es getan werden.

Ein gleichlautender Beschluss wurde am 16.09.2009 in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses abgelehnt, bemerkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Es müsse aber festgestellt werden, dass die Bemühungen zur Belebung dieses Platzes nicht zuletzt an den Händlern scheitern, was die Wirtschaftsförderung erst vor kurzem presseöffentlich bekanntgegeben hat. Es tue Not, etwas für Familien, Kinder und für die Belebung der Straße zu tun, aber nicht mit Blech. Zu den von Herrn Bönecke angesprochenen Zeiten hatte man auch die Straßenbahn vor dem Rathaus, heute fahren noch 2 Buslinien über den Platz, was deutlich zu wenig sei. Der Platz werde ansonsten sehr wohl genutzt. Er verwies auf den abends freigegebenen Sonderparkplatz. Da das geplante Vorhaben nicht zu kontrollieren sei, stimme er gegen die Beschlussvorlage.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, so wie es sich andeutet, werde es für diesen Prüfauftrag eine Mehrheit geben. Bei der Bearbeitung sollten die Öffnungszeiten der Unternehmer vor Ort koordiniert werden, denn es nütze nichts, wenn man von der Arbeit kommt und alle Läden geschlossen sind. Er bat auch zu beachten, dass 2 Mal im Jahr der Bauernmarkt mit mehreren Tausend Besuchern durchgeführt wird. Wenn man Raum für das Parken wegnimmt, könne auch kein Bauernmarkt mehr durchgeführt werden. Diesbezüglich sei man mehr als einmal auf die Händler zugegangen. Über das Ordnungsamt konnten für die Händler bei Veranstaltungen keine Parkräume geschaffen werden, weshalb er die Verwaltung um diesbezügliche Überlegungen bitte, damit die Händler bei größeren Veranstaltungen in fußläufiger Nähe kostengünstige Parkplätze bekommen. Er sei für eine Prüfung, werde sich aber bei der Abstimmung zur Vorlage enthalten.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, erklärte, mit Vorsicht diese Sache angehen zu wollen. Dass die Zerbster Straße in Richtung Belebung diskussionswürdig ist, sei völlig klar. Man könne dieses städtebauliche Problem nur lösen, wenn es insgesamt innerstädtisch betrachtet wird. Es wurde immer wieder darüber nachgedacht, es wurden

aber noch keine Aktivitäten in diese Richtung gestartet. Es sei wichtig, wenn über die Zerbster Straße gesprochen wird, alle angrenzenden Quartiere mit einzubeziehen und insgesamt innerstädtisch im Konzept darüber nachzudenken, Kurzzeitparkplätze und Durchfahrtsmöglichkeiten zu schaffen. Er plädiere dafür, dass sich der Fachausschuss mit dieser Thematik befasst und dabei das gesamte Innenstadtkonzept berücksichtigt.

Auf die Ausführungen von Herrn Giese-Rehm eingehend, führte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, aus, dass in den letzten Jahren sehr viel mit den Händlern in der Zerbster Straße gesprochen wurde. Diese haben sich über den kritischen Zeitungsartikel der Wirtschaftsförderung beschwert und sind der Meinung, dass es nur miteinander und nicht gegeneinander geht. Um ein vertrauensvolles Miteinander zu schaffen, müsse die Wirtschaftsförderung mehr Kontakt zu den Händlern in der Zerbster Straße finden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und die Vorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 25:05:05

7.10 Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Walter-Gropius-Gymnasium **Vorlage: BV/308/2013/CDU**

Herr Mau, CDU-Fraktion, brachte in seiner Einführung seine Freude zum Ausdruck, dass die Vorlage größtenteils positiv aufgenommen wurde. Es wurde bereits eine Haushaltsstelle dafür eingerichtet und er denke, den Weg sollte man weitergehen. Man sei bei der Fördermittelprüfung, er kenne jedoch nicht den aktuellen Stand.

Der Antrag wurde bisher in den entsprechenden Fachausschüssen begleitet und auch wohlwollend unterstützt, erklärte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. Allerdings stehe die Finanzierung noch aus und es müsste eine Art Vorratsbeschluss gefasst werden. Da es aber ein gutes Vorhaben ist, werde man sicher von der Einhaltung der Zusagen seitens Magdeburg nicht enttäuscht werden.

Er sei erstaunt, dass Herr Mau nicht auf die Vorberatungen in den Ausschüssen eingegangen sei, äußerte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. In allen Ausschüssen wurde eine Verweisung an das Amt 40 zur weiteren Vorbereitung und entsprechenden Darstellung in den Finanzierungsabfolgen festgelegt. Dies sei auch die Richtung, die heute eingeschlagen werden sollte, weshalb er den entsprechenden **Verweisungsantrag** hier stellen würde. Nach Präzisierung soll es in den Stadtrat zurückgegeben werden, wenn es beschlussreif ist.

Zu dem s. E. unterstützenswerten Vorhaben stellte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, Fragen zum mittelfristigen Finanzplan des Haushaltes, auf welche Investitionskosten im Gegenzug verzichtet werden soll – auf das Bauhausmuseum, die Ostrandstraße. Die Planungskosten seien nun eingestellt, aber man müsse sich auf das Wesentliche konzentrieren. Aus diesem Grunde unterstütze er

den Antrag seines Fraktionskollegen Giese-Rehm auf Verweisung, bevor dies in den mittelfristigen Finanzplan kommt und überhaupt Fördermittel in Aussicht gestellt werden.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, bestätigte die Ausführungen von Herrn Giese-Rehm und wies darauf hin, in den Haushaltsberatungen auch darüber gesprochen zu haben und ein Prüfauftrag daraus gemacht wurde. Es wurde noch keine Stelle in den Haushalt eingeordnet.

In allen Ausschüssen war Konsens, dass ein Gymnasium eine Turnhalle benötigt, betonte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau.** Es wurde aber auch konkret festgelegt, dass durch die Verwaltung abgeprüft wird, wann überhaupt Fördermittel zur Verfügung stehen. Bei diesem Beschluss müsse es auch bleiben. Kritisch sprach Herr Otto an, da diese Vorlage seit Monaten im Raum stehe, warum heute keine Aussage vorliegt, wann und in welcher Höhe Fördermittel vom Land zur Verfügung stehen. Deshalb sollte **mit der heutigen Verweisung** - das sei nun sein **Antrag** - die Auflage verbunden werden, **dass die Verwaltung bis zur nächsten Stadtratssitzung eine Aussage trifft, wann in welcher Höhe Fördermittel vom Land zu erwarten sind.**

Die Kritik von Herrn Otto sei mehr als berechtigt, stellte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion,** fest. Der Antrag von Herrn Giese-Rehm werde unterstützt. Unverständlich ist, dass es heute ungeklärt und unvorbereitet in den Stadtrat gekommen ist. Seine Fraktion unterstütze es, wenn es an die Ausschüsse zurückverwiesen wird.

Herr Mau, CDU-Fraktion, erklärte, der Einreicher unterstütze das Ansinnen von Herrn Otto, werde die Vorlage in die Prüfung geben und fordern, dass im nächsten Stadtrat am 21.05.2014 eine Aussage von der Verwaltung dazu kommt. Unter dieser Prämisse ziehe er die Vorlage heute zurück.

Somit erfolgt die Verweisung an die Verwaltung zur Prüfung, wann in welcher Höhe Fördermittel vom Land zu erwarten sind. Nach Vorliegen des Ergebnisses erfolgt die erneute Behandlung der Vorlage am 21.05.2014.

7.11 Ersatzneubau Schwimmhalle am Standort „Alte Molkerei“ Vorlage: BV/114/2014/CDU

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, richtig ist, dass der 1. Beschlusspunkt aufgehoben werden muss. Das andere Anliegen ist beauftragt und geht an das zuständige Fachdezernat, um die Dinge zu begleiten. Dazu gibt es die Bereitschaft und erste Aktivitäten, das anzugehen. Er denke, den zweiten Beschlussvorschlag müsse man nicht beschließen, es sei Verwaltungshandeln.

Seines Erachtens sollte der zweite Punkt doch beschlossen werden, betonte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau.** Er könne sich noch gut an die Sitzung des Haushaltsausschusses erinnern, in der die allgemeine Verwunderung der Verwaltungsspitze deutlich gemacht wurde hinsichtlich des Ergebnisses der IPG-Verwaltungsratssitzung. Hier habe er gesagt, dass es nicht das Problem sein kann, diesen alten Beschluss an der Stelle aufzuheben, bzw. einen Beschlussvorschlag zur Aufhebung zu unterbreiten und parallel dazu einen Fahrplan dazu aufzustellen.

Gleichzeitig wurde ein 8-Punkte-Programm von Herrn Hantusch in Aussicht gestellt, der uns heute eigentlich vorgestellt werden sollte.

Mit Entsetzen habe er feststellen müssen, dass es für die Verwaltungsspitze doch sehr schwierig ist, einen Beschlusstext zu erzeugen, der einen anderen Beschluss aufhebt. Also muss es erst wieder einen Beschlussvorschlag aus den Fraktionen geben. Von dem 8-Punkte-Plan habe Herr Bönecke heute auch nichts gehört. Darüber sind keine Aussagen gekommen, weshalb heute auch der Punkt 2 beschlossen werden sollte und der Stadtrat damit die Maßstäbe setzt, dass es in die Richtung läuft und man nicht wieder hört, dazu werde im nächsten Bauausschuss, oder übernächsten Wirtschaftsausschuss etwas gesagt.

Die nicht richtig wiedergegebene Diskussion erreiche bei ihm einen Grad der Verwunderung, dass er dazu etwas sagen müsse, erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Er habe selbst in der benannten Sitzung den Vorschlag unterbreitet, den Aufhebungsbeschluss als Bauherr herbeizuführen. Dann sei von Herrn Bönecke der Hinweis gekommen, dass er es gern gekoppelt haben möchte: Aufhebungsbeschluss plus Fahrplan. Nun sage Herr Hantusch, er habe einen Fahrplan, den man im Bauausschuss demnächst behandeln wolle und dann beschließe man den Fahrplan zusammen mit dem Aufhebungsbeschluss.

Herr Dr. Raschpichler finde es merkwürdig, dass die Vorschläge, die Herr Bönecke selbst bringe, von ihm selbst in Frage gestellt werden und als Fehlverhalten der Verwaltung gewertet werden. Dies nehme Herr Dr. Raschpichler nun zur Kenntnis und sage, wenn es anders gewollt wird, werde heute der Aufhebungsbeschluss und in 4 Wochen der Maßnahmenplan beschlossen.

Herr Mau, CDU-Fraktion, unterstützte das von Herrn Bönecke Gesagte. Wenn man daran denke, wie lange man um den Standort der Schwimmhalle gekämpft und die Diskussion über die Standorte mit der Verwaltung geführt habe, sei er der Meinung, dass endlich Beschlüsse gefasst werden, die die Verwaltung auffordern, in einem bestimmten Zeitraum dies zu erfüllen und nicht wieder nach hinten zu schieben.

Einige Stadträte, die in der Sitzung am 09. April mit anwesend waren, können sicher bestätigen, dass ausdrücklich gesagt wurde, es habe im nächsten Stadtrat zu sein, erwiderte **Herr Bönecke** an Herrn Dr. Raschpichler gewandt. Es sind wieder drei Wochen seitdem vergangen und es ist nichts gekommen. Wenn der Stadtrat keine konkreten Termine setzt, passiert nichts.

Seit Wochen ergehe sich die Verwaltungsspitze in den unterschiedlichsten Ausschusssitzungen in gegenseitigen Schuldzuweisungen, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Er habe am 1. April, als deutlich wurde, dass es in der IPG nicht geht und es in der Verwaltung selbst gelöst werden muss, darauf hingewiesen, dass nach seinem Kenntnisstand bis Jahresende durch das Landesverwaltungsamt die Prüfung der Planungsunterlagen erfolgt sein muss, wenn wir überhaupt im nächsten Jahr an Fördermittel kommen wollen. Seit 4 Wochen werde darüber geredet, dass diese Verwaltung nun einen Ablaufplan vorlegen soll, an dem man sie auch messen kann, damit wir die Fördermittel nicht verlieren. Wenn dies kritisiert werde, könne Herr Dr. Raschpichler nicht die Schuld an den Stadtrat zurückgeben.

In diesem Zusammenhang könne er die Aussagen von Herrn Bönecke auch nur bestätigen, betonte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**. Er war ebenfalls in der Ausschusssitzung anwesend.

Er habe nicht zugesagt, ein 8-Punkte-Programm vorzulegen, stellte Herr Beigeordneter Hantusch richtig. Dieses 8-Punkte-Programm habe er der WBD vorgelegt, weil er glaube, dass damit das Vorhaben bei der WBD hätte realisiert werden können. Er habe auf Bitte und auf Forderung von Herrn Otto zugesagt, dies im nächsten Bauausschuss vorzulegen, nämlich den Zeit-Maßnahme-Plan. Auch habe er Herrn Otto in der Sitzung der WBD gesagt, jetzt fange die Verwaltung bei Null an, was sein Dezernat anbetrifft. Die Bauherrenschaft war immer im Dezernat V bei Herrn Dr. Raschpichler. Dieser habe klare Vorgaben gemacht, wie die Schwimmhalle auszu-sehen hat. Aber der Auftrag war ganz klar an die WBD gegangen, in dem Herr Otto auch sitze. Herr Hantusch könne ihn gern einladen, am 6.5. in den Bauausschuss, in dem er sehr dezidiert darlegen werde, woran das gescheitert ist.

Er könne den Unmut durchaus verstehen, sage aber ganz deutlich, eine Sippenhaftung in Deutschland gibt es nicht und wenn etwas schief gelaufen ist, müsse man sehen wo. Er sei nicht mehr bereit, für andere hier irgendetwas zu übernehmen, wo er keine Verantwortung hatte. Er habe jetzt in der WBD die Verantwortung übernommen, als Dezernat VI dieses Projekt auf die Beine zu stellen, habe gesagt, es wird schwierig und wir brauchen ein wenig Zeit. Er habe den Zeit-Maßnahme-Plan relativ schnell bekommen, dann musste dieser mit dem Dezernat V abgestimmt werden, so dass er jetzt im Bauausschuss vorgestellt werden kann. Wie er bereits sagte, werde er dann dezidiert sagen, woran es gelegen hat, damit dieser Fehler in Zukunft vermieden werden kann.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte. Dagegen sprach niemand, so dass dem stattgegeben wurde. Auf der Rednerliste des Stadtratsvorsitzenden befand sich noch Herr Tonndorf, dem Herr Dr. Exner das Wort erteilte.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erinnerte Herrn Hantusch daran, er würde in der nächsten Bauausschusssitzung Anfang Mai sehr dezidiert darstellen, wer daran Schuld hatte. Herr Tonndorf bat eindringlich, dies zu lassen, da es jeder wisse. Er solle besser festlegen, wie es jetzt schnellstens nach vorn weiter geht. Das Nachhinter-Karten hilft uns in der Geschichte Schwimmhalle nicht und ihm auch nicht.

An das Präsidium des Stadtrates wurde durch **Herrn Schönemann** der Antrag auf getrennte Abstimmung zu den Beschlusspunkten gestellt.

Herr Bönecke gab klarstellend die Protokollmitschrift vom 09.04.2014 bekannt, in der es auf Seite 14, vorletzter Absatz heißt (gemeint ist Herr Bönecke selbst)
„Seiner Meinung nach ist es die Pflicht der kompletten Verwaltungsspitze und vor allen Dingen der zwei maßgeblich entsprechend zu beteiligenden Dezernate V und VI, hier den Fahrplan ganz schnell wieder aufzunehmen. Deshalb mahnte Herr Bönecke nochmals, es könne nicht das Problem sein, zu einem ehemaligen Stadtratsbeschluss, in dem man sich über die Richtung an sich einig war, aber eine Zuordnung einer Aufgabe beschlossen habe, die sich jetzt als nicht durchführbar erwiesen hat, zu sagen, wir heben diese Zuordnung auf und beschließen gleichzeitig die neue und fahren dann nach dem erwähnten 8-Punkte-Plan in der neuen Zuordnung weiter.“

Der Zeitverlust könne s. E. nur von einer zur nächsten Stadtratssitzung liegen und nicht plötzlich bei mehreren Monaten. An den sonstigen Vorgaben ändere sich nichts.“

Der **Antrag auf getrennte Abstimmung** wurde durch den Stadtrat mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 25:01:09

7.12 Ergänzung der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau im § 4 Absatz 2 Vorlage: BV/115/2014/Linke

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erläuterte als Einreicher der Vorlage, Ziel sei, dass sich die einzelnen Bürger der Innenstadt stärker in der Mitbestimmung und Mitgestaltung beteiligen können. Er verwies auf die guten Erfahrungen mit den Ortschaftsräten. Der Wille des Bürgers nach mehr Mitbestimmung im Innenstadtbereich sei gewachsen. Ein Beispiel war die Neugestaltung des Stadtparks, was ein langer und intensiver Prozess war. Dort wurde systematisch durch eine orientierte Steuerung eines entsprechenden Gremiums mit entsprechenden Mitteln die Neugestaltung mit den Bürgern auf den Weg gebracht. Inzwischen wurde eine beispielgebende Akzeptanz erlangt. Ausschüsse können im Rahmen der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt, § 45/46 gebildet werden im Interesse der politischen Wahrnehmung der Aufgaben der Stadt und seiner Bürger. Es gibt beratende und beschließende Ausschüsse. Ein Stadtteilausschuss könnte ein beratender Ausschuss sein. Großer Wert werde auf die Mitwirkung von sachkundigen Bürgern gelegt. Der vorliegende Entwurf solle zur Diskussion in den Fraktionen dienen, vor allem was den Zuschnitt der Quartiere betrifft. Die 4 definierten Stadtteilausschüsse stellen eine Variante dar. Es sollen auch keine ständigen beratenden Ausschüsse sein, sondern in Situationen, wo es zum Sachverhalt des jeweiligen Quartiers Beteiligungsbedarf gibt, eingesetzt werden. Sie ermöglichen Stadträte, die in den Quartieren wohnen, sich für ihr eigenes Quartier einzusetzen und geben den Bürgern vor Ort die Chance, sich ebenfalls einzubringen.

Diese Angelegenheit sollte an den Haupt- und Personalausschuss überwiesen werden mit der Zielsetzung, dass für die in der neuen Legislaturperiode zu bildenden Ausschüsse ein solcher Gestaltungsspielraum besteht. Der Beschlussantrag sollte sachlich beraten und nach den Wahlen in einer Hauptsatzungsänderung umgesetzt werden.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, der Beschlussvorschlag hätte die Verweisung an den Haupt- und Personalausschuss schon beinhalten können. Das Anliegen sei vom Grundsatz her in Ordnung, jedoch solle der neue Stadtrat darüber entscheiden. Seines Erachtens wurde die Zielsetzung nicht präzise genug formuliert. Wenn Bürger beteiligt werden, müssen sie auch mitbestimmen können, weshalb das richtige Instrument ein Beirat wäre, wie er in Dessau-Törten besteht. Die Räte oder Beiräte müssen auch ein Entscheidungsrecht für ihren Bereich haben. Dann wäre aber ein Stadtteilausschuss das falsche Instrument.

Von der Sache her sei dieses Ansinnen richtig, stellte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, fest. Gerade im Innenstadtbereich bräuchte man in einigen Entscheidungsfragen Unterstützung. Die Verweisung der Vorlage an den Haupt- und Personalausschuss sei zwar jetzt angesprochen worden, stehe aber nicht in der Vorlage und es gebe auch keinen Antrag.

Nach Hinweis des **Stadtratsvorsitzenden**, dass der Einbringer seinen eigenen Beschlussantrag in den Haupt- und Personalausschuss verwiesen haben will, erklärte **Herr Hartmann** sich mit der Verfahrensweise einverstanden, da die Vorlage noch qualifiziert werden müsse.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass die Diskussion der Beschlussvorlage absolut keinen Sinn mehr mache, weil der Antragsteller die Vorlage an anderer Stelle diskutiert haben wolle. Das mögen die Stadträte, die noch auf der Rednerliste stehen, bei ihren Redebeiträgen beachten.

Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates, legte dar, am besten wäre eine Änderung der Gemeindeordnung, damit die Mitbeteiligung von Bürgern in Vororten und Innenstadtbereichen eine andere Gewichtung erfahren kann. Hier bestünde der rechtlich einzige und richtige Ansatz. Momentan sei es aber nicht transportabel, weil es schon in der vorhergehenden Legislaturperiode im Land diskutiert wurde. Unstrittig sei, dass an vielen Stellen bemerkt wurde, dass Menschen in der Innenstadt diese Leute, die in den Vororten über die Ortschaftsräte beteiligt sind, um deren Anhörungsmöglichkeiten beneiden. Dazu komme, dass man auch bei verschiedenen Ortschaftsräten gemerkt hat, dass der eine sich mehr und der andere sich trotzdem nicht ausreichend mitgenommen gefühlt hat.

Formal stelle er jetzt den **Antrag auf Verweisung** der Vorlage in den Haupt- und Personalausschuss. Der neue Stadtrat sollte nicht die Mitwirkungsmöglichkeiten verändern, denn hier könne man ein Stück weit selbst entscheiden, was man zulassen wolle. Menschen, die sich nicht mitgenommen fühlen, haben auch das Problem der Identität, aber Leute, die für etwas gekämpft haben, haben auch einen Bleibe-Impuls, wofür es an dieser Stelle gehen sollte.

Auf das Vorberatungsgebot der Gemeindeordnung verwies **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Deshalb sei der Antrag auf Verweisung an den Haupt- und Personalausschuss richtig. Auch der Hinweis über Beiräte nachzudenken, sollte in den Fraktionen diskutiert werden. In einem Beirat müssen nicht unbedingt die Stadträte mitarbeiten. Weiterhin verweise er auf das von Herrn Schönemann genannte Beispiel zur Gestaltung des Stadtparks, wo interessierte Bürger an Workshops, Veranstaltungen und auch an der Planung mitgewirkt haben, was projektbezogen und ein Ansatz wäre, bevor institutionalisierte Geschichten ins Leben gerufen werden.

Herr Koschig stellte fest, dass die Ergänzung der Hauptsatzung auf die Tagesordnung der ersten ordentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses zu setzen ist.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass der Einreicher der Vorlage schon die Verweisung der Vorlage in die erste Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der neuen Legislaturperiode beantragt hat. Aufgrund der Hoheit des Einreichers brauche darüber nicht abgestimmt zu werden.

Die Vorlage wird auf die Tagesordnung der ersten ordentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der neuen Legislaturperiode gesetzt.

Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

Der **Stadtratsvorsitzende** merkte an, dass es keine nichtöffentlichen Beschlüsse bzw. Anfragen gibt und deshalb keine Nichtöffentlichkeit hergestellt werden muss. Frau Andrich, Fraktion Die Linke, habe angezeigt, im öffentlichen Teil der Sitzung noch eine Frage stellen zu wollen. Ihr wurde deshalb nochmals das Wort erteilt (siehe TOP 7.8, Seite 32).

9 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 04.06.14

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin